INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 103

24. Mai 1990

Vorwort

Mit diesem ultimativen "Bleibt" auf dem Deckblatt wollen eir unseren ganz ehrlichen Wunsch,daß die BesetzerInnen des Wassertorplatzes auch nach dem 28.5. noch auf dem Dachboden sind zum Ausdruck bringen - und es nicht als Anknüpfung an Revolutionäres Zentrum, Kubat, Marianne .....BLEIBT verstanden wissen - denn die traurige Tradition, daß fast alle Häuser, die wir mal auf der Titelseite hatten, geräumt wurden muß endlich wieder durchbrochen werden,`ne ?! Aber auch sonst ist ja erstmal einiges zu verhindern, zu stören, kundzutun und demomäßig auf die Straße zu tragen. Um Verwirrungen auszuräumen: die Demo gegen den Katholiken Tag - DER GROßE HEILIGE UMZUG - geht um 16 Uhr vom Adenauerplatz los und führt über Kü damm, Leibnitzstr., Kantstr., Savignyplatz, Grolmannstr., Ku damm zum Breitscheidplatz. Dort wird um 17.30 ein jüngstes Gericht tagen! Alle Frauen treffen sich vorher (13 Uhr) zur gemeinsamen Begehung der Halle 5 !!
Zum Heft: Wir haben einen längeren Text abgedruckt, dem wir die Überschrift "Antifaschistische Führungsclique oder Dreckwäsche im Schleudergang" gegeben haben. Wir hätten ihn auch einfach mit "Diskussion" übertiteln können (er hatte keine Überschrift), aber nach der Lektüre fanden wir das nicht mehr angemessen. Wir wollen hier im Vorwort den Text weder zusammenfassen noch können wir länger etwas zu den einzelnen Vorfällen sagen, da sie uns entweder neu sind oder wir sie nur aus x-ter Hand kennen. Was es uns so scher macht, zum Text etwas zu sagen, ist, daß zum formulierten Anspruch, nämlich zur "politischen Diskussion der Linken in dieser Stadt um Methoden, taktische und strategische Bestimmung revolutionärer Politik" bezutragen, ziemlich wenig gesagt wird. Als Maß des Erfolgs antifaschistischer Aktionen nur den militanten Angriff zu sehen, hat mit strategischen Überlegungen erstmal wenig zu tun. Die Ausblendung großer Bereiche antifaschiostischer Politik wie z.B. aktuell das vorgehen gegen die sogenannnten Lebensschützer, die Euthanasie-Befürworter, die "konservativen" Historiker des sogenannten Historikerstreits, eben jene Bereiche in denen sich faschistische Ideologie gesellschaftlich durchgesetzt wird, verkürzt die Diskussion noch weiter.

Briefe, Bestellungen und Beschwerden wie immer an: **Interim**
Gneisenaustr. 2a
1000 BERLIN 61

Inhaltsverzeichnis:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

AKTUELLES VOM ERKEL

Seit dem 10.4.90, also schon länger als einen Monat, leben wir, eine Gruppe von ca. 20 Frauen und Männern, wieder auf den besetzten Dachböden der Häuser Erkelenzdamm/Kohlfurterstr.

Seit der Wiederbesetzung hat sich hier bis letzte Woche nicht allzuviel getan. Auf unsere Minimalforderung nach Rücknahme der Strafanträge als Grundvoraussetzung für eventuelle Verhandlungen sind die EigentümerInnen nicht eingegangen.
Da wir ihrer Ansicht nach nur "selbstgerechte, intolerante, kompromißlose Egozentriker" sind, mit denen man/frau sowieso nicht reden kann ist für sie die Konsequenz die, erneut die Bullen zu holen. Wenn wir bis zum 28.5. nicht freiwillig gegangen sind, lassen sie uns wieder räumen oder räumen selbst. (Wolln wa ja mal sehen)
Wir stehen hier vor dem Problem, daß wir es nicht mit einem Spekulanten zu tun haben, sondern mit 150 Leuten, von denen 2/3 in Eigentumswohnungen wohnen und 1/3 in Studentenwerkswohnungen, die sie nach Ablauf der Regelstudienzeit räumen müssen. Einige dieser StudentInnen (3-4) sind seit Beginn des Projektes und wollen nun selber auf den Dachboden. Allerdings war es bei der ersten Hausversammlung während der Besetzung noch völlig unklar, ob hier oben auf den ca. 800 m² teilausgebauten Dachboden überhaupt Wohnraum entstehen soll oder nicht. Nun scheint es ein Konzept zu geben: 3 Wohneinheiten für 6 Leute aus dem Projekt. Sozialschwache werden bevorzugt, wobei die Vorfinanzierung pro Nase 60-100.000,- betragen soll (ob es dafür Anträge beim Sozi gibt?)
Uns ist dabei unklar, warum z.B. nicht mit diesen Studis gemeinsam Druck aufs Studentenwerk ausgeübt werden könnte, anderen billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen oder diese paar Leute in den Projektwohnungen zu lassen. Der Lösung, 6 Leute für viel Kohle in kleinen Dachluxuswohnungen unterzubringen, ziehen wir unsere billigere Lösung für 20 leute Lebensraum ohne neue Mauern zu schaffen, vor.
Was hier versucht wird, ist das klassische Gegeneinanderausspielen von Wohnungssuchenden. Der Konkurrenzkampf auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt wird immer härter. Mit Wohnraum als Ware versuchen sie, immer mehr Geld aus uns herauszupressen. Und dann gibt es da einige Leute in selbstverwalteten Häusern, die sich dem entfremdeten Arbeiten und Wohnen und dem Druck auf dem Wohnungsmarkt weitgehend entziehen können, Genau an dem Punkt fordern wir die öffentliche Diskussion. Und zwar gerade an die Projekte, welche sich als Teil einer Widerstadsstruktur begreifen. Sind diese 'Freiräume' nur für jene, die sie sich vor Jahrenerkämpft hatten, oder müssen sie nicht dafür gentutzt werden, um neuen Strukturen Platz zu bieten. Natürlich siend es unterschiedliche Diskussionen, je nachdem ob die Leute von den Häusern überhaupt den Anspruch haben, Teil der pol. Struktur zu sein, oder nicht.Wir greifen die vielbeschwerene Selbstbestimmung in dem Moment an, in dem sie als Deckmäntelchen benutzt wird, um unbeschadet vonäußeren Einflüssen im eigenen Saft zu schmoren.
4-5 jähriger Leerstand von 800 m² Dachboden sind da nur ein krasser Auswuchs.
Wir begreifen die EigentümerInnen, die die Bullen in den Kiez geholt haben, nicht als Teil unserer Struktur. Dieses Haus wurde vom Senat mit 20 Mio DM gefördert, um zu erforschen wie Selbsthilfe als Integrationsmodell funktionieren kann. Dieser Versuch hat hier ja anscheinend hervorragend geklappt. (s. Flugbuch)
Sie wollen hier ihr Schöner-Wohnen/Teil durchziehen und wieder ihre Ruhe haben. Ganz unter sich im goldenen Käfig sitzen - "Kein Anschluß unter dieser Nummer" (BesitzerInnentranspi)
Und genau damit machen sie Politik hier im Kiez. Wer bleiben darf sind diejenigen, dies nett und ruhig haben wollen und genug Kohle aufbringen können, um sich eine schicke kleine Dachwohnung auszubauen. Wir fliegen raus, wie woanders auch. Ob sies wollen oder nicht: zur laufenden Umstrukturierung paßts hervorragend.
Wir haben andere Lebensvorstellungen als sie. Sie sind die EigentümerInnen und habendas RECHT - wir werden geräumt (denkste!!!)
Erkämpfen wir uns die Häuser und Räume, die wir brauchen!!!!

Rücknahme der Strafanträge
Lübbi, March, Einsteinufer bleiben
Die besetzten Häuser im Osten werden sowieso nicht geräumt
Und überhaupt
Hafen bleibt
Casa de la muntañya auch

T.K.

BASTA

DIESER STAAT IST GEMEIN - ER SCHMEISST UNS AUS UNSEREN HEIM

WIR - eine Gruppe von Obdachlosen Männern wohnen in einer Notunterkunft (Pension) in der Willdenowstr.15 im Wedding.

Die meisten von uns wohnen seit über einen Jahr in d. Unterkunft

Wir haben angefangen unsere Probleme selbst in den Griff zu bekommen,z.B. haben zwei von uns mit den Alkohol trinken aufgehört.Wir halten unsere Unterkunft selbst sauber...- auch haben wir gelernt/begriffen,daß wir uns etwas bedeuten,JEDER FÜR DEN ANDEREN WICHTIG IST.!!!

Das Haus gehört der Spekulanten Firma PROTERRA.

Diese Firma hat das Haus an einen Herren Otto verpachtet.Otto hat das Haus Bettenweise für pro Bett und Tag = 15,--DM - dem Sozialamt Wedding & Moabit zur Verfügung gestellt.

Das Haus verfügt über 30 Schlaf /Wohn - Plätze (aufgeteilt in 2 - 3 - 4 Bettzimmer,auch auf den Trockenboden haben bis zu 10 Personen geschlafen.

((ÜBRIGENS - höchstens 30 Personen - ergibt:
30 Menschen pro Bett 15.DM
= 13500,--DM Miete im Monat
und dieses für ein ca.
2 Familienhaus))

Jan.90 übernahm die Mondial Immobilien GmbH (dort Herr Lehnert) die Verwaltung des Hauses.

MÄRZ 90 SOLLTEN WIR AUS DIESER " PENSION " HERAUS.

Da wir aber einen Zusammenhalt entwickelt haben,in den Haus a auch weiter wohnen wollten,wir AUCH meinten Rechte zu haben, erwirkten wir beim Gericht eine einstweilige Verfügung gegen die PROTERRA Imobilien.

Jetzt am 17.5. hatten wir die Hauptverhandlung...- und sind verurteilt worden das Haus zu verlassen.

WIR KÖNNEN TÄGLICH DAMIT RECHNEN HERAUSGEWORFEN ZU WERDEN.!!!

Was das für uns bedeutet....:

Wir werden durch das Sozialamt in irgendwelche LÄUSEPENSIONEN gesteckt,wo es vor Ungeziefer nur so wimmelt.

Natürlich nicht als Gruppe (alle zusammen wie wir es uns wünschen) - Sondern verteilt auf die ganze Stadt.

WIR HABEN EIN JAHR ZUSAMMENGEWOHNT -
- WIR ALS GRUPPE BEDEUTEN UNS WAS.!!!!

Wir fordern MENSCHENWÜRDIGEN Ersatz - wohnraum für uns als GRUPPE in unseren Kietz.

Wir wissen das genügend Häuser leerstehen sowohl in städtischen wie auch in Privatbesitz.

WIR FORDERN MENSCHENWÜRDIGEN UND SELBST BESTIMMTEN WOHNRAUM FÜR ALLE OBDACHLOSE MENSCHEN...!!!

WIR SIND MENSCHEN WIE ANDERE AUCH und Wir haben angefangen zu lernen,an uns zu arbeiten.

ANDEREN - "NORMALEN" - Menschen kann es morgen genau so wie uns gehen...!!!

Also SCHLUSS damit wir wollen nicht mehr abgewertet werden...nicht mehr........ STIGMATISIERT/KRIMINALISIERT werden.

UNTERSTÜTZT UNS.!!!
INFORMIERT EUCH.!!!

WIR KÖNNEN UNSERE LAGE NUR DANN VERÄNDERN WENN WIR UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN UNS NICHTS MEHR GEFALLEN LASSEN...!!!

Helft uns!

Die Männerwohngemeinschaft in der Notunterkunfts "PENSION" Willdenowstr.15



„Mensch, wenn sich das nur nicht in der Unterwelt rumspricht. Das sind Mietgelder. Wir haben einen Kollegen erwischt."

Wenn wir in dieser Woche herausgeworfen werden...- treffen wir uns *(?)* der Woche im Stadtteilladen Rat & Tat in der Liebenwalderstraße *16* . - Auch dann werden wir nicht aufgeben.

Ebenfalls Kontaktadresse!

Wollen Sie mal einen Krabbeltierchen Zoo sehen (UNGEZIEFERZOO) gehen Sie in das nächste Obdach...in die nächste Notunterkunft wenn Sie normales Glück haben ... können Sie sich dann mit Kakerlaken/Spinnen/Silberfische in Massen und......unterhalten.

Lachen Sie nicht...ACHTUNG WARNUNG.!!! Auch Sie können dort landen wo wir jetzt leben (LEBEN ha hah ha)...es kann schneller gehen als Sie denken........!!!

Marktwert ist Kündigungsgrund

Wenn eine Wohnung, die verkauft werden soll, dem Eigentümer unvermietet mehr einbringt als im vermieteten Zustand, kann dem Mieter gekündigt werden. Das entschied gestern das Koblenzer Oberlandesgericht. Der Mieter kann gegen eine solche Kündigung nur dann rechtlich vorgehen, wenn „vorgeschobene Gründe oder ein mißbräuchliches Verhalten des Vermieters" vorliegen. (Aktenzeichen 4 W-RE-695/88).

BZ Berlin, 18. Mai sip
Weil ein Dohlen-Pärchen brütet, mußten alle Bauarbeiten sofort gestoppt werden: Das schwarzgefiederte Paar hat sein Nest in den Dachhelm des Mietshauses Flughafenstraße 27 (Neukölln) gebaut.
Baustadtrat Wolfgang Branoner: „Diese Rabenvögel gehören zu den besonders geschützten Tierarten

Ja und dann der Spritti (Alkoholiker ach ist das herrlich jetzt habe ich meine Kur hinter mir.ICH BIN TROCKEN....JETZT FEHLT NUR NOCH EINE WOHNUNG.....-Denkste ab in die Notunterkunft....ERGEBNISS nach einer Woche oder zwei vielleicht länger HURRA ICH SAUFE WIEDER .....PREIS FRAGE!!!! ratet mal warum...geht nur mal für 48 Stunden in eine Notunterkunft.

"Ätsch ich bin besser ich habe nur 4,3 m² Wohn/Schlafraum für mich dafür aber 4 Zimmer-Kameraden

Der deutsche Schäferhund hat vom Gesetzgeber her MEHR ANRECHT AUF PLATZ ALS WIR die wir in Unterkünften wohnen....
Es gibt eine Menge Unterkünfte wo die Menschen noch nicht mal 6 qum. Platz für sich bean - spruchen können/dürfen

Einige von uns können sich noch nicht mal eine warme Mahlzeit zubereiten...!!! eine z.B. für 25 Personen ....!!! Kochgelegenheit....!!!

Ach so ja die Freundin oder der Freund...wann hatten Sie das letzte mal Geschlechtsverkehr...ich meine so richtig im Bett und über Nacht...- in den eigenen Wohnräumen...-
...-AUCH DIESES IST UNS UNTERSAGT

Ihr Bruder,Ihr Freund.die Freundin kommt zu Besuch...was für eine Freude....Der Besuch bleibt vier Wochen oder auch nur 2 Tage egal..
WIR kennen diese Freude nicht,denn uns darf keine/r für noch nicht mal einen Tag besuchen

Was halten Sie davon wenn Sie ab z.B. 22 Uhr nicht mehr in Ihre eigene Wohnung hereinkommen.??? 1000den von uns geht es aber so. 22 Uhr in der Unterkunft sein... oder es gibt kein reinkommen mehr.

Für Obdachlosenanstaltsbewohner gibt es keinen Geschützten Wohnraum........!!!!!

Wer gegen das Bundesnaturschutzgesetz verstößt, muß mit hohen Geldbußen rechnen: bis 100 000 Mark.

Schon mal einen richtigen Herrscher /Diktator erlebt... es gibt solche unter anderen auch im Obdach viele Hausmeister verhalten sich als solche

Wußten Sie das wesentliche Teile der Landesverfassungen und des Grundgesetzes in ObdachlosenAnstalten/Notunterkünften...- durch das Polizei & Ordnungsrecht aufgehoben sind....!!! Bzw. es dort ein Satzungsrecht gibt.....!!!!!!

SELBSTDARSTELLUNG VON BESETZTEN HÄUSERN IN OSTBERLIN

EINLEITUNG

Seit Herbst des letzten Jahres wurden in Ost-Berlin nach und nach Häuser besetzt. Inzwischen sind es mehr als 50 geworden. Unsere wachsende Bewegung setzt sich zumeist aus jungen Leuten zusammen, die eigene Ideen vom gemeinsamen Leben, Arbeiten und Wohnen verwirklichen wollen. Wir wollen die herkömmlichen Strukturen des isolierten Wohnens durchbrechen, eine selbstbestimmte Kiezkultur aufbauen und verhindern, daß bewohnbare Häuser leerstehen und verfallen.
Wir dürfen nicht widerstandslos hinnehmen, daß sich westliche Spekulanten die Häuser hier unter den Nagel reißen und mit dem Grundrecht Wohnen Geschäfte machen, was ein unkontrolliertes Steigen der Mieten zur Folge hat, die wir nicht mehr bezahlen können. Durch selbstverwaltetes Wohnen können wir dem entgegenwirken. Deshalb ist es nicht nur für besetzte Häuser notwendig, Eigeninitiative zu ergreifen, denn auch in anderen Häusern werden die Mieten anziehen. Seitens der KWV ist nichts mehr zu erwarten. Sie trägt Mitverantwortung für den schlechten Zustand der meisten Häuser und ist auch jetzt nicht bereit, auf Bedürfnisse der BewohnerInnen zu reagieren, sondern gleicht sich dem neuen Machtstrukturen an. Auf Verhandlungen versucht sie, Kapitalorientierte Kompromisse über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu schließen, zu manchen Verhandlungen erscheint erst gar kein Vertreter. Während zwischen Magistrat, BesetzerInnenrat und SprecherInnenrat der Bürgerinitiative Gespräche laufen, blockiert die KWV konstruktive Beschlüsse, z.B. die elementare Ausarbeitung von Nutzungsverträgen.
Ein weiterer ernstzunehmender Gegner für unsere besetzten Häuser, aber auch für Klub's, Treff's von Homosexuellen, AusländerInnenwohnheime u.s.w. ist die Neofaschistische Bewegung. Jedes

Fußballspiel bietet Anlaß, besetzte Häuser in Stadionnähe anzugreifen, aber auch Passanten anzufallen (z.B. Alex).

Schaut nicht weg – Phantasie gegen Gewalt!
Isoliert Euch nicht –
Baut eigene Projekte in Euerem Kiez auf!
Kommt bei uns vorbei, die meisten Häuser haben Kneipen oder Info-Cafe's.

Schreinerstr. 47
Tuchoskystr. 32
Lottumstr. 10a
Lottumstr. 26
Rosenthalerstr. 68
Schönhauser Allee 20/21
Schliemannstr. 39
Prenzlauer Allee 203/204

Adalbertstr. 25/26
Brunnenstr. 182
Kollwitzstr. 64
Kastanienallee 85/86
Lychnerstr. 18
Köpenickerstr. 137
Kreuzigerstr. 18-23
Mainzerstr. 2-11

Als Beispiele stellen sich einige Häuser selbst vor:

SCHREINER STR. 47

Zeck-zeck Hurra!

Wir sind 16 und ein halb von Millionen 47'er SchreinerInnen, alles HausbesetzerInnen jedenfalls nach Angaben der Friedrichshainer Kreishygieneinspektion. Dabei wurde zweifelsfrei festgestellt, daß es sich bei uns um 17 Menschen, davon eine freche Rotzgöre, bei den anderen um Taubenzecken handelt. Leider gelang es uns noch nicht mit den Zecken Kontakt aufzunehmen, geschweige denn, auch nur eines Zeckleins ansichtig zu werden. Da muß irgend jemand die Situation falsch abgezeckt haben. Wir auf keinen Fall. Jedenfalls ist das einer von vielen Gründen der KWV, unsere Angelegenheit auf die lange Bank fort zu verhandeln.
Seit dem 29.Dezember, 16.00 Uhr, haben wir uns hier eingerichtet. Die KWV nahm sofort zu uns Kontakt auf, zunächst gegen 22.13 Uhr von der Bereichsleiterin im Nachthemd.
Einige Tage später bekam die -so wörtlich angeschriebene- "anarchosyndikalistische Gruppe" eine Räumungsaufforderung, weil das Haus in 14 Tagen rekonstruiert werden müsse. Was diese Gruppe darauf tat, ist uns unbekannt. Wir jedenfalls reparierten die Wasserstränge, einige E-Anlagen, ließen kaputte Fenster neu verglasen, bauten also und bauen immer noch aus und um. Ja, wir leisteten uns sogar den Luxus, unserem Hof "den Hof zu machen" -wenn eine rudimentäre Wendung aus alter Zeit an dieser Stelle erlaubt sei.
Unsere Zukunft ist etwas ungewiß. Unvorsichtigerweise ist unser Grundstück einst von Privatleuten in Besitz genommen worden. Aber diese Leute konnten ja nicht wissen, daß wir einmal hier wohnen werden. Auch das ist ein Grund, weshalb die KWV ihren Eiertanz fortführt, dessen Galanterie schon einer besseren Sache Wert wäre.
Somit ist erwiesen, daß Häuserbesetzungen das Leben unter anderem Recht beschaulich machen können.

Die FRöhlichen FRiedrichshainer FRiedensFReunde

(Bald e.V.-wegen der Verträge, müßt Ihr mal echt realo sehen, Leute!)

SCHÖNHAUSER ALLEE 20/21

"Revolutionäre HandwerkerInnen e.V."

Wir sind eine Gruppe von 30 jungen Menschen, welche die Häuser der Schönhauser Allee 20/21 besetzt haben.
Wir wollen die Häuser unter Einbringung von Selbsthilfe sanieren und hier Raum für ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten schaffen.
In folgenden Projekten wollen wir arbeiten:
1. **Info- Cafe:** Das Cafe soll in erster Linie unserem politischen Anspruch gerecht werden, wir wollen, durch z.B. Auslage linker Publikationen, Veranstaltungen ect., Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten schaffen.
2. **Kinderladen:** Stellt eine Alternative zum Kindergarten dar, mit Augenmerk auf Entfaltung der persönlichen Interessen jedes Kindes.
3. **Libertäres Zentrum:** Es beinhaltet eine Leihbibliothek, libertäres Arbeitsarchiv, Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten, sowie Schaffung von themenbezogenen Veranstaltungen.
4. **Frauenprojekt:** Entstehen soll ein Cafe mit Raum für Frauenveranstaltungen und übernachtungsmöglichkeiten.

ROSENTHALER STR. 68

Kulturoperative "Eimer"

Am 17. Januar 1990 wurde durch drei Rockbands
Ich- Funktion,
Firma,
Freygang,
und Freunde das Haus Rosenthaler Straße 68 in Berlin/Mitte besetzt.
Anliegen ist, ein eigenständiges Kunst-,Kultur-u. Kommunikationszentrum zu errichten, daß es ermöglicht, einen selbstbestimmten Austausch mit in- und ausländischen Gruppen und verschiedenen Kunstformen zu ermöglichen.
Das Haus befindet sich in dem geschichtsträchtigen Gebiet des Scheunenviertels, für daß die Abrißdiskussionen noch nicht vom Tisch sind. Auch das Haus Rosenthaler Str. ist für den Abriß vorgesehen. Eine erste Baufachberatung ergab jedoch, daß es nicht aussichtslos ist, Arbeit, Geld und Initiative in dieses Haus zu stecken.

Zielstellung

Im Erdgeschoß des Hauses befindet sich die ehemalige Berliner Kneipe "zum blauen Panther". Diese wird derzeitig umgestaltet zu einem Raum für Konzerte und Aufführungen.
(Bands, Theater, Performance, Kunstaktionen)
1. Etage: Cafe, Lagerräume
2. Etage: Aufnahmestudio und zwei Proberäume
3. Etage: Büro und Übernachtungsmöglichkeiten für Gastkünstler

Notwendige Maßnahmen zur Vermeidung von Lärmbelästigung sind vorgesehen.
Das Haus, dem wir den Namen "Eimer" gaben, wird sich nach Fertigstellung selbst finanzieren. Die erwirtschafteten Gewinne fließen in die Finanzierung der Kuluroperative.
Unser Lebensmodell ist es, in einer gefährdeten Welt die vorgefundene Zerstörung anzunehmen und uns im Prozeß unseres Lebens und Arbeitens unseren eigenen Kulturraum zu schaffen.
Wir bemühen uns um Nutzung/Pacht oder Kauf des Hauses und die rechtliche Legitimation für den Ausschank.
In der vom Regen in die Jauche gekommenen Gesellschaft bitten wir alle politischen Kräfte, unsere Kulturoperative und ähnliche Unternehmungen zu unterstützen.
Wir fordern eine freie Jugendpolitik.

BESETZERRAT "KULTUR IM EIMER"
KONTAKTADRESSE: GUNTER FRANZE,
GREIFENHAGENER STR. 14, 1058 BERLIN

KOLLWITZ STR. 64

Links+linksrechts+Cafe ist ein nicht gemeinnütziges, kommerzielies Unternehmen.
Ziel ist die Unterdrückung+Ausbeutung kapitalistischer Touristen+DDR-BürgerInnen, die es nicht schaffen Getränke, Häuser, Läden sich kostenlos anzueignen.
Weiterhin wird versucht eine kollektive Projektgruppe "Nicht" Arbeiten+Wohnen aufzubauen, deren Bestrebung der Kampf untereinander ist.
Die Polarisation verläuft zwischen den linksradikalen und den linksliberalen WeintrinkerInnen.
Weiterhin soll im Hofgelände eine Panzerwerkstatt und ein U-Bahnhof entstehen – Linie A und eine alternative Müllkippe.
Die Aneignung feministischer Männer und masochistischer Frauen steht noch im Anfangsstadion.
Mehrere beschissene Anarcho-Musik-Band's nerven alle AnwohnerInnen. Durch den aufgesetzten auf-

dringlichen libertären Charakter sind sich die restlichen AnwohnerInnen über die Kündigung uneinig.
Kollwitzplatz wird Hauptstadt.
Alle anderen BewerberInnen werden erschossen.
Botschaftsvertretungen werden geduldet.
"Telegraph" ist Pflichtlektüre.
Ansonsten gilt, alle Menschen sind Frauen.

Don't worry take Kolli. VENCEREMOS

LOTTUM STR. 10a

Projekt "Flinke Linke Flotte Lotte"

Wir sind > 10 Menschen/innen mit steigender Tendenz, in jeder Hinsicht!
Wir beherrschen dieses Haus seit Ende '89 (oder umgekehrt ?)!
Sofort nach Abschluß unseres ruhmreichen Eroberungsfeldzuges und geringfügiger Planungsphase warfen wir uns, mit dem uns eigenem Elan und Tatendrang, in den Kampf, um die Erfüllung unserer großartigen Planziele/Selbstverpflichtungen schon bald errangen wir phantastische Erfolge. Kurz: erste Etage: die heiligen Hallen - INFOLGE, Cafe..., darüber: Siedlungsprojekte, geplant: Sauna unterm Dach, Kellerkneipe, etc. etc.. Um Unruhen, gar Massenpanik vorzubeugen, geben wir die Termine der Eröffnungsfeierlichkeiten nur kurzfristig bekannt. (Ach ja: Lottum 10a verweigert jegliche Annahme von 25 Millionen Senats-Kohle (aus Sozialkürzungen in West-Berlin) und wenn man uns noch so drängelt!)
Wie immer
einstimmig
beschlossen
Eure Lottum 10a

Flugblatt der Besetzer

IHR TEUREN STADTBEZIRKSRÄTE !

Eure Verarschungsstrategie ist vorbei - ab heute arschen wir zurück!!

Nach monatelanger Nerverei mit Hinhalten und "Nichtzuständigkeit" durch die KWV und die Bezirksräte fordern wir hier und heute:

* Verträge für alle besetzten Häuser!
* Keine Kriminalisierung der HausbesetzerInnen!
* Keine Räumung der besetzten Häuser!

Wir werden nicht warten, bis Ihr alle Häuser ans Westkapital verschachert habt. Die KWV schickt sich an, ein Wohnungskonzern westlicher, kapitalistischer Prägung nach dem Vorbild einer "Neuen Heimat" zu werden, der fortan über die Höhe der Mieten, über Wohl und Wehe zehntausender Mieter-Innnen bestimmen will.

DIE HÄUSER VERBLEIBEN IN **UNSERER** HAND!

Als Warnung verbringt Ihr vom Rat des Stadtbezirkes Prenzelberg heute Euren Feierabend mit uns.

Und Ihr anderen Stadtbezirksräte, DENKT DRAN:

Gestern besuchten wir den Prenzelberg, heute Friedrichshain, morgen Mitte,...

WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN!!!!!

EINLADUNG ZUR GESAMT-HÄUSER U.PLÄTZE VV

Es gibt 1000 gute Gründe- oder wir sind ja alle soo beschäftigt!?

Womit eigentlich und warum,für wen oder was ,oder wieso eigentlich? Dieser Aufruf kommt aus dem Häuserkampf.Es gibt genug gute Gründe, doch den wenigsten sind sie wirklich klar.Wir wollen mit allen gemeinsam Punkte herrausfinden,an denen wir effektiver als bisher, zusammenarbeiten könnten.Mit ,wir,sind alle Menschen gemeint die mehr, als nur ihren eigenen Kopf aus der Scheiße holen wollen!
Daß wir in ziemlicher Bedrängnis sind,wird immer offensichtlicher- die Entmenschlichung und Verwüstung unserer Lebensräume,immer akuter- im Großen,wie im Kleinen!Sei es die Umstrukturierung in den Städten die Verseuchung von Luft,Wasser und Landschaften,oder die Funktionalisierung und Unterdrückung jedes einzelnen,für ihre Profite; Kriminalisierung von allem,was selber denken und bestimmen will!
Man spricht uns ab verantwortlich sein zu können;
Viele von uns arbeiten daran und versuchen Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,das ist gut.Vieles läuft aneinander vorbei Fehler werden endlos wiederholt,Frust ist die Folge,das ist schlecht. Frust läßt sich wohl kaum vermeiden,aber er ließe sich bestimmt verringern.Wenn von den 20000 Menschen,die am 1.Mai auf der Straße waren,nur 1000 einmal konzentriert zusammenarbeiten würden,könnte vieles leichter sein!
Sie können ihre Schweinereien nur durchziehen,wenn wir sie lassen. Wir müssen uns von Denkschemata befreien,die uns voneinander isolieren und uns gegeneinander ausspielen.Es können sich nicht alle um alles kümmern,aber es sollten alle für alles verantwortlich sein. Wir handeln aus einer Notwährsituation heraus,die oft unsere eigentlichen Werte in's Gegenteil verkehrt;Zeitdruck,Stress,Haß,Arroganz, Gewalt,Entmenschlichung undFunktionalisierung sind die Folgen.
Viele werden dadurch verunsichert und entmutigt.Wenn wir den Druck auf jeden einzelnen von uns,öfter hinterfragen würden,müßte uns klar werden,daß diese Folgen nicht unmittelbar durch unsere Ideale bedingt sind,sondern mittelbar durch die perverse Gesellschaft,die ihre Entwicklung schon vor längerem,vom Menschsein abgewendet hat. Wir sollten aufhören,uns gegenseitig die Schuld für die Folgen dieses Drucks,in die Schuhe zu schieben,sondern sie gemeinsam begreifen und dagegen vorgehen.
Wenn wir also unsere Vorstellungen von einem Leben ohne Zwang verwirklichenw wollen,müssen wir uns konzentriert auf den schmalen Grad zwischen Menschlichem und Möglichen begeben.Fähigkeit zur Selbstkritik ist notwendig,damit unsere Ansprüche keine leeren Phrasen bleiben.Der Anspruch,daß wir anarchistisch leben wollen schließt nicht aus,daß wir dabei Fehler machen.Um jedoch möglichst wenig Fehler zu machen,und um zu erkennen,was überhaupt falsch ist,müssen wir miteinander reden,und aufarbeiten,was gut und was schlecht gelaufen ist. Was gut für mich ist,ist nicht immer gut für uns.Macht euch'n Kopf, was gut sein könnte für uns!
z.B.

- -Infoaustausch
- -Mobilisierung
- -Aktionen
- -Arbeitsgruppen
- -Demos
- -MieterInnen/Öffentlichkeitsarbeit
- -Feste
- -Finanzierung
- -Nahrungsbeschaffung
- -usw.

Eingeladen sind Alle besetzten Häuser und Plätze aus Ost-u. West-Berlin und auch alle anderen Projekte und Menschen die für sich sprechen können und wollen!

VV 31.5. 30 19[00]

VENCEREMOS

Ort: Potsdamer Platz

★

Ausweichort: DRUGSTORE

ANTIFASCHISTISCHE FÜHRUNGSCLIQUE

oder DRECKWÄSCHE IM SCHLEUDERGANG *

*Überschrift von der Redaktion

wir veröffentlichen nachfolgenden text, weil ein politischer konflikt in einer art und weise eskaliert wird, mit dem ziel, menschen aus unseren gruppen aus den politischen zusammenhängen dieser stadt zu drängen und ihnen den boden für ihre /unsere gemeinsame politische arbeit zu entziehen. es geht uns nicht darum, in der öffentlichkeit "dreckige wäsche" zu waschen, um andere anzupissen. es geht darum, uns gegen miese methoden zu wehren und die sache dahin zu bringen, wo sie hingehört: in die politische diskussion der linken dieser stadt um methoden, taktische und strategische bestimmung rev. politik.

wichtiger einschub:

wenn wir in diesem text von leuten aus der "antifa" reden, meinen wir damit eine bestimmte gruppe innerhalb der antifa-struktur, die leider in den letzten jahren sehr tonangebend war und es bis heute geschafft hat, fast alle breiten antifasch. aktivitäten zu kontrollieren. wir wenden uns nicht gegen die zahlenmäßig weit mehr zählenden menschen, die in der antifa-struktur westberlins mitarbeiten, und die mit solcher art von politik nichts zu tun haben. wir denken aber auch, daß es für diese menschen notwendig ist, sich klar zu machen, wie sie sich in diesem politischen konflikt zu verhalten gedenken und daraus konsequenzen zu ziehen.

eskaliert wurde dieser konflikt an drei vorfällen.

desr erste vorfall

die rev. kiez-demo am 16.12.89. die bullen haben rund um das schlesische tor massive vorkontrollen errichtet. eine größere gruppe unvermummter durchbricht gemeinsam eine bullensperre. ein schon hinter den bullen stehender genosse beobachtet, wie genau in dieser situation eine frau fotos macht. er greift sich die kamera, ohne die frau körperlich anzugreifen, rennt damit weg und übergibt sie einem anderen genossen, damit dieser den film herausnimmt. die frau rennt hinterher und holt ihn ein. sie hängt sich an seinen armen fest und schreit die ganze zeit, daß sie ihre kamera wieder haben will. der genosse ist sofort von einer gruppe ausländischer genossen umringt, die ihn nicht kennen und ihn

teilweise für einen faschisten halten.

es herrscht allgemeines chaos, alles brüllt und schreit, die frau hängt noch an dem genossen fest und aus der menge bekommt der genosse mehrmals faustschläge ins gesicht. eine führende frau aus der antifa, die den genossen gut kennt, kommt hinzu und schreit ebenfalls auf den genoosen ein. anstatt zur klärung der situation beizutragen, eskaliert sie. erst als andere leute hinzukommen, läßt sich die situation klären, daß es sich bei dem genossen nicht um einen faschisten handelt.

der konflikt mit den ausländischen genossen, beruhigt sich, nur der genosse und die antifa-frau schreien sich noch an. der sprachgebrauch beider hält sich im üblichen zitierfähigen rahmen. plötzlich wird der genosse von hinten angegriffen und fast umgerissen. als er sich umdreht, steht er einem führenden mitglied aus der "antifa" gegenüber. es kommt zu einem wütenden wortwechsel zwischen beiden. mehere leute mischen sich ein und verhindern weitere angriffe.

vorfall nr. 2

erste große knastkundgebung zum HS in moabit

die kundgebung hat schon angefangen, als bekannt wird, daß ströbele an einer bullensperre aufgehalten wird. 10 minuten später kommt ströbele mit seinem fahrrad angelaufen. ein genosse und eine genossin gehen auf ströbele zu, um ihn daran zu hindern, an der kundgebung teilzunehmen.

ströbele hat damals die verhandlungsdelegation der al zur koalitionsbildung mit der spd geleitet. er ist einer der führenden köpfe der al und wird zu recht als ihre "graue eminenz" bezeichnet. er ist, ohne ihn mystifizieren zu wollen, ein stratege reformistischer politik in westberlin und trägt damit die pol. verantwortung für die situation der gefangenen in moabit. er hat vergewaltiger verteidigt und darin versucht, frauen noch zusätzlich fertigzumachen, um das beste für seine mandanten herauszuholen. ein solcher typ hat auf unseren kundgebungen nichts zu suchen, selbst wenn er antifaschisten verteidigt, die selbst im HS stehen. seine anwesenheit auf der kundgebung diente lediglich dazu, widersprüche zu verschleiern, und so zu tun, als wäre die al als regierungspartei nicht mitverantwortlich für die situation in den knästen. wir haben keine lust uns diesen zynismus auch noch reinziehen zu müssen.

die genossInnen treffen auf ströbele und schreien ihn an, daß er sich zu verpissen habe. es wird mehrmals gegen sein fahrrad getreten, um ihm klarzumachen, daß dies auch ernst gemeint ist. der vorfall spielte sich nicht vor den augen der bullen ab und gefährdete deshalb die kundgebung zu keinem zeitpunkt.

in dieser situation wird der beteiligte genosse von hinten umgerissen und zu boden geschmissen. der angreifer ist wieder der gleiche wie auf der kiez-demo. der genosse rappelt sich auf und schreit den angreifer an, was das solle. "ihr seit sektierer, wollt immer nur randale und greift die eigenen leute an. (Ströbele !!) du gehst immer auf frauen und schwächere los" wird der genosse sinngemäß angebrüllt.

der genosse schreit zurück, daß er die schnauze voll habe, wieder von hinten angegriffen worden zu sein. daraufhin wird ihm ein fairer kampf von "Mann gegen mann" angeboten. (kommentar überflüssig)
die beteiligte genossin und eine befreundete genossin schalten sich ebenfalls in das "gespräch" ein. eine frau aus der antifa-führungsclique -ebenfalls die gleiche wie auf der kiez-demo- schreit auch mit. immer mehr leute werden aufmerksam und streiten und hören mit. die genossInnen beschließen zu gehen, weil nicht mehr klar ist, wer da rumsteht und weil tatbestände erzählt werden, die in die falschen ohren gelangen könnten und eine gefahr für sie darstellen.(es ist wohl konsens, daß es nicht geht, vor leuten auf einer kundgebung, konkrete kriminalisierbare vorkommnisse, lauthals zu verbreiten.)

eine woche später gibt es ein internes vorbereitungstreffen zur rev. 1.mai demo.
ein vertreter der "antifa" verlangt auf dem treffen, daß der genosse, der an beiden vorfällen beteiligt war, an den gemeinsam geplanten aktivitäten nicht teilzunehmen habe.
die begründung ist ein hammer. der genosse habe die frau aus desr antifa als "votze" beschimpft. dafür gebe es 3-4 zeugen.
mehere leute fangen sofort an zu rotieren, um das ganze zu klären.
die beiden genossinnen, die die ganze zeit mit dem genossen zusammen waren, erklären klipp und klar, das dieses wort oder ähnliches nicht gefallen ist.
sie fordern, daß die 3-4 angeblichen zeugen sich mit ihnen treffen, um sie mit ihren eigenen wahrnehmungen zu konfrontieren.
beim nächsten treffem für die rev. 1.mai demo wird der vorwurf plötzlich ohne erklärung zurückgezogen. die ganze sache habe sich "erledigt".

einschub:
in den letzten jahren haben frauen durchgesetzt, daß vergewaltiger und andere sex. schweine, wenn sie als solche erkannt sind, aus "unseren zusammenhängen rauszufliegen haben, und das einer frau geglaubt wird, wenn sie sexistische angriffe gegen sich öffentlich macht. dies nun zu benutzen, um einen genossen politisch fertig zu machen, empfinden wir nichr nur als äußerst dreckige methode, sondern auch als schädlich für einen sich immer stärker entwickelnden widerstand von frauen gegen sexisumus und machismus -auch in den "eigenen" reihen. heißt es doch konsequent zu ende gedacht, und falls dererlei vorgehen sich öfter widerholen sollte, daß öffentlich gemachte sexistische angriffe nicht mehr ohne weiteres geglaubt werden können, sondern hinterfragt werden müssen. (frauen aus den betroffenen zusammenhängen)

soweit zu den konkreten vorkommnissen. da wir jedoch diese art von angriffen auf genossInnen von uns nicht auf irgentwelche persöhnliche animositäten zurückführen, wollen wir im folgenden ansatzweise versuchen, das ganze auch politisch zu hinterleuten.
eine genauere aufarbeitung steht sicherlich noch aus.

die antifa-politik, die von dem betr. zusammenhang vertreten wird, hat sich in dieser stadt in den letzten jahren zunehmend in eine reformistische richtung entwickelt.
abzielend auf die mobilisierung möglichst breiter gesellschaftlicher kreise (bündnis mit dgb, jusos, sew,...) wurde weitestgehend auf ein offensives vorgehen gegen faschisten verzichtet, zugunsten breit tragbarer, aber dafür ineffektiver aktionen.
bestes beispiel dafür: das bewußt symbolische vorgehen gegen den Rep-parteitag in der hasenheide, 1989.
O-ton "autonome antifa": schon zu beginn der vorbereitung war unsere einschätzung, daß wir den parteitag vor ort wahrscheinlich nicht verhindern können.... um nicht vor schultheiß rumzustehen z.b. nach einer blockade oder behinderung,... hielten wir eine geschlossene starke demo für sinnvoller und dem erwarteten kräfteverhältnis gegenüber angemessener." (interim, 27.7.89)
dieses politisch-praktische vorgehen, das das ziel verfolgt, zum handeln bereite menschen zu binden und vom eigentlichen ort des geschehens wegzuziehen, macht deutlich,welche funktion dieser teil der antifa innerhalb des bündnisses und gegenüber der autonomen linken übernimmt, nämlich die der befriedung.
ein organisiertes militantes vorgehen gegen die faschisten soll verhindert werden; so verkommt antifaschistischer widerstand zu reinem protest.
insoweit existiert auch kein realer unterschied zu den plänen der jusos und des dgbs für diesen tag, nämlich 120 infostände quer durch die stadt aufzubauen und eine kundgebung vor dem reichstag abzuhalten. die zielsetzung ist die gleiche. militantes vorgehen wie im jan. 89 vor dem ICC schon im vorfeld zu verhindern.
dazu paßt auch die erfahrung, die mit sog. gewaltfreien beim rep-parteitag gemacht wurden. während die "gewaltfreien" dazu übergingen, militante zu entwaffnen, standen vertreter der antonomen antifa daneben und stellten sich verbal auf die seite der "gewaltfreien".
später dann der massive versuch, möglichst viele menschen dazu zu mobilisieren, die hasenheide zu verlassen und sich dieser unsäglichen demo in die pampa anzuschließen (dutzende von durchsagen aus dem lautsprecherwagen, leute aus der "antifa" gehen mit megas durch die masse:" wir gehen jetzt los") und das alles , während es immer wieder zu auseinandersetzungen mit den bullen kommt.

zum dritten vorfall gibt es ein gedächnisprotokoll der beteiligten genossen, daß intern schon rum ist, und das wir hier veröffentlichen. bei dem angegriffenen genossen, handelt es sich übrigens um einen anderen als bei den ersten vorfällen.
hier das protokoll.

meheren menschen fällt bei den ausschreitungen an der oberbaumbrücke am 20.4. ein filmendes rias-tv-team auf, die unbehelligt die an den actions beteiligten personen, in der mehrzahl türkische jugendliche, detailiert abfilmten, z.t. auch bsei laufender kamera in kniehöhe. die am nächsten tag bei rias-tv gesendeten bilder sprechen für sich.porträtaufnahmen türk. jugendlicher, die unvermummt steine werfen und sachbeschädigungen begehen.
da uns das für uns völlig unbehelligt filmende tv-team zu dreist vorkam, wurden wir mißtrauisch und fragten x, ein führendes mitglied türkisch-kurdischer antifaschistInnen, ob das tv-team evt. mit erlaubnis der antifa filmte. dies bestätigte x NICHT. (mehere zeugInnen aus unterschiedlichen zusammenhängen)
daraufhin sahen wir keinen grund mehr, die filmende kamera , die eine gefahr für alle aktivisten darstellte, nicht anzugreifen.
einschub: heute wissen wir nach einem gespräch mit türkisch-kurdischen antifaschistInnen, daß es eine absprache zwischen dem rias-tv-team und türkischen jugendgangs gegeben hat und die genossInnen dies aus taktischen gründen akzeptierten. eine sache, die mensch machen kann, die aber für alle öffentlich gemacht werden muß- und sei es nur mit einem stück papier an der kamera.
Fazit: rias-tv kamera wäre nicht angegriffen worden, wenn diese takt. absprache uns mitgeteilt oder für uns sichtbar gewesen wäre. wir hätten dies akzeptiert.
zum ablauf: die kamera wurde von einem kameramann an der seite in kniehöhe getragen und durch EINEN schlag mit einem ca. 50 cm langen eisenrohr unbrauchbar gemacht. es wurden dabei keine personen angegriffen, gefährdet oder verletzt.
Einschub: das eisenrohr diente an diesem tag (2o.4.) zur verteidigung. eine bewaffnung, die uns an diesem tag adäquat zur fasch. bedrohung erschien.
nach dem schlag auf die kamera entfernten sich die genossen. das ganze spielte sich in einer dichten ansammlung türkisch deutscher antifaschistInnen ab.
direkt nach der aktion kamen für die genossen völlig überraschen die wörter faschos und zivis aus der menge, worauf sich 4-5 leute auf einen genossen stürzten. der genosse führte einen schlag aus, um angreifer abzuwehren und sich raum zu verschaffen , um in den falkeladen zu flüchten. eine verbale klärung war in dieser situation nicht mehr möglich- mehere leute riefen nun faschos.
es herrschte lynchstimmung. es bestand für den genossen subjektiv und objektiv ab diesem zeitpunkt lebensgefahr.

auf dem weg zum falke laden wurde er niedergerissen, stürzte in ein fahrrad, bekam einen schlag auf den kopf und schlug, als er am boden lag, einem angreifer das besagte eisenrohr an den kopf. - in notwehr (zeugInnen anwesend)
dem genossen tut es leid, einem - wie es sich später herausstellte- antifaschisten verletzt zu haben, aber es lag eindeutig eine notwehrsituation vor.
Einschub: jedEr muß sich klar darüber sein, was es bedeutet, in einer solchen situation und an einem solchen tag, jemanden, den er nicht kennt, als faschisten zu bezeichnen. damit muß verantwortungsvoll umgegangen werden.
....
einige tage später auf dem adalbertstraßenfest.
ein mensch mit gipsarm kommt auf einen genossen zu und fragt ihn, ob er derjenisei, der ihn am kopf verletzt hat. das wird von dem genossen bestätigt mit dem angebot, über das ganze zu reden und den vorfall zu klären. der mensch ist sehr erregt und schreit den genossen an. er geht dann wieder. nur wenig später taucht eine größere gruppe auf, von welcher mehrere leute den genossen anschreien.
er sei derjenige, der das rias-tv-team angegriffen habe und und antifaschisten mit eisenstangen zusammenschlage. er trage politische konflikte mit der eisenstange aus.
zwei führende vertreter der "antifa" erteilen ihm kiez-und demoverbot.(woher die sich anmaßen, so etwas entscheiden zu können, bleibt wohl ihr größenwahnsinniges geheimnis)
während des ganzen wortgefechts hat sich eine ca. 50-köpfige menge gebildet, die alles mitkriegt, u.a. auch, daß der genosse angeblich derjenige sei, der die rias-tv-kamera angegriffen habe.
genossen solchermaßen der kriminalisierung freizugeben, wie es in diesem fall geschehen ist, braucht wohl nicht kommentiert zu werden. der vorwurf hier würden politische konflikte mit der eisenstange ausgetragen werden, entkräftet sich ganz klar aus der darstellung der dinge im gedächnisprotokoll, als auch dadurch , daß der verletzte angreifer den beteiligten genossen bis zu diesem zeitpunkt völlig unbekannt war, also auch schwerlich irgendeiner gruppe zuzuordnen war.
danach gibt es mehrere treffen mit verschiedenen gruppen, wir sind zu einem "runden tisch" mit allen beteiligten bereit gewesen, dies wird aber von der antifaführungsclique kategorisch abgelehnt. stattdessen wird gedroht, daß falls der genosse auf der rev. 1.mai demo erscheint, er dort "rausgehauen" würde.
wir nehmen kontakte mit vielen verschiedenen gruppen auf, schildern den konflikt.
es herrscht empörung über diese anmaßung, erklären sich bereit, im falle einer konfrontation dazwischen zu gehen.
am 1.mai nehmen wir gemeinsam mit dem genossen an der rev. 1.mai demo teil.
es kommt zu keinen zwischenfällen.

die demo geht dann los.
trotzdem bleiben 1000 leute vor schultheiß. kaum hat sich die demo wegbewegt, greifen sek-bullen mit tonfas brutal die verbliebenen menschen an und treiben sie in richtung der demo. als etwas später leute einen bauwagen auf die straße schieben, um einen wasserwerfer zu stoppen, werden sie dafür angepißt; ihr verhalten als hirnlose randale dargestellt.
wir halten das vorgehen der genossInnen dagegen für absolut richtig und verantwortlich und können einer barrikade mehr abgewinnen als menschenketten, die sich schutzlos einem wasserwerfer entgegenstellen. das ganze erinnert uns mehr an ein berühmtes foto aus dem jahre 67 auf dem kudamm.
christen mit dem kreuz stehen im strahl eines wasserwerfers....
die politischen folgen des rep-parteitages waren dann: eine massive kritik an der "antifa" und ihrer bündnispolitik, was dazu führte, daß diese mit einer sog. selbstkritik antwortete. (interim 63) wo sie jedoch nur ihr vorgehen rechtfertigte und die ganze scheisse, die gelaufen war, auf ein paar reformistische ordner abschob. und im übrigen nichts besseres zu tun hatte, als militantes vorgehen gegen die bullen als hirn-und verantwortungslose randale zu diffamieren. auswirkungen auf ihre bündnispolitik hatten die vorfälle nicht.

weitere beispiele für die antifa-abwiegelungspolitk
20.4.89
mehrere hundert "ausländische" jugendliche nehmen sich an diesem tag die strasse und führen eine mehrstündige demo vom kudamm bis nach kreuzberg und neukölln durch. deutsche antifaschistInnen sind während der ersten zeit nicht anwesend, sondern werden mit der organisierung des sog. "selbstschutzes" beschäftigt. versuche oder planungen, den faschisten an diesem tag etwas offensives entgegenzusetzen. existieren nicht.
als die demo der jugendlichen in 36 angekommen ist, stoßen nach und nach auch einige deutsche linke dazu. auch leute aus der antifa-führungsclique erscheinen mit einem mega und fordern die jugendlichen am hermann-platz sich aufzulösen und zurück zu den ihnen sicherlich ganz unbekannten antifa-infostellen zu gehen und dort "abzuwarten".
anstatt sich also hinter diese selbstorganisierung der immigrantInnen der 2.und 3. generation zu stellen, wird versucht, diese in das konzept und unter der führung der deutschen antifa zu stellen.
wir halten diese selbstorganisierung aber genau für einen wichtigen schritt in die richtige richtung. und wir erinnern uns, daß es genau diese selbstorganisierung in jugendgangs dafür seit etwa 3 jahren sorgt, daß die nazis nicht mehr überall in der stadt, in den u-bahnen , in den schulen leute angreifen können.
als ergebnis ist z.b. der hermannplatz anders als früher nicht mehr ein nazitreffpunkt, wurden skins selbst in spandau und wedding immer wieder so massiv angegriffen, daß sie gezwungen waren, sich zurückzuziehen, und jetzt eben ostberlin als aktionsfeld benutzen, weil es dort genau diese form von aktiver antifaschistischer selbsthilfe nicht so stark gibt.

noch ein beispiel.
nach der ermordung von conny in göttingen organisieren leute ein treffen am heini. es sammeln sich ca.200 leute. vertreter der "antifa" erscheinen mit einem mega und sagen durch, daß diese demo nicht stattfindet und die leute später zum kudamm kommen sollen. dies, obwohl sie mit der organisierung der spontandemo schlichtweg Null zu tun hatten.
die leute setzen sich trotzdem in bewegung, bullen sind keine vor ort und im zuge der demo wird fast der gesamte kottbusserdamm entglast; festnahmen gab es keine. 2 stunden später findet eine völlig von den bullen kontrollierte demo am kudamm statt. auf der vv am nächsten tag ist von der gesamten antifa-führungsclique niemand anwesend.
erwähnen wollen wir noch die unfähigkeit des antifa-bündnisses zum rep-parteitag am 10.2.90 im ICC etwas zu organisieren.
und ebenfalls nicht vergessen werden sollte der aufruf des bündnisses gegen faschismus, rassismus und sexisumus gemeinsam mit elefantenpress zu einer kundgebung am 17.3.9o, wenige wochen nachdem eine gruppe von frauen eine aktion gegen elefantenpress wegen verlegung eines sexistischen stadtführers durchgegeführt hatten.

wir wollen mit diesen ganzen beispielen (und es gibt noch mehr...) aufzeigen, daß es bei den konflikten zwischen leuten von uns und leuten aus der antifaführungsclique eben nicht darum geht, daß sich hier leute nicht leiden können, oder daß einfach 2 gruppen aus der autonomen familie verschiedener polit. meinung sind (wie es leider teilweise von einigen leuten gesehen wird)
Sondern, daß es hier einigen leuten gelingt, einen bereich wie antifaschistische politik, der gerade in den letzten monaten durch die ereignisse in der ddr enorm an bedeutung gewonnen hat , weitgehend ihren politischen stempel aufzudrücken und neben ihnen - koste es was es wolle- nichts politisch zuzulassen.
wenn pätzold im vorfeld des 1.mai 90 anfängt vom rep-parteitag zu schwärmen, daß genau der prozeß gelaufen wäre, wie sie ihn sich vorstellen, daß vernünftige demonstranten "gewaltbereite" entwaffnen, dann zeigt das, das die schweine genau checken, was da für sie politisch drin ist.
oder wie der einsatzleiter des 1.mai 90 in einem interview mit dem volksblatt sagte, er hoffe auf autonome selbstregulierungsprozesse ....
aber
wir als rev. linke müssen genau in solchen prozessen wir am 20.4. oder 1.5.90 , als leute von sich aus - aus einer selbstorganisierung heraus, die konfronta-

tion mit den nazis und den bullen gesucht haben, präsent sein.
trotz aller ambivalenz im verhältnis zu den ausländischen jugendlichen (mackerstrukturen, teilweise hierachische formen) sind sie die, die aus ihrer situation hier widerstand leisten.
die ständige bestätigung unser selbst, unser verstecken hinter symbolen wie wie hassmaske und lederjacke, kann eine auseinandersetzung mit der realität nicht ersetzen.
soziale auseinandersetzungen gehorchen keiner fertigen theorie oder polit. wunschvorstellungen. rev. politik muß aber der sozialen realität entsprechen. der umgekehrte weg, die realität der eigenen wunschwelt anzupassen, führt nur in isolation und sektierertum, siehe die damaligen K-gruppen.
wir werden uns in dem versuch, auch unter schwierigen bedingungen wie sie zur zeit herrschen, revolutionäre politik weiter und neu zu entwickeln, nicht durch einige wenige leute behindern lassen, die meinen ihre politik der breite um jeden preis mit allen mitteln durchsetzen zu müssen.

wenn bei einzelnen von uns versucht wird, sie durch diffamierung als sexisten oder hirnlose schläger fertig zu machen, zeigt das nur die hilflosigkeit und die angst einiger leute auf, ihren (scheinbaren) einfluss auf die entwicklung in dieser stadt und auf unsere politik zu verlieren.

was wir noch wichtig finden ist, daß die geschichten, die gelaufen sind, allen hätten passieren können, die mit ihrer politik und praxis bestimmten leuten ein dorn im auge sind.
in diesem fall haben jedoch die leute aus der antifa-führungsclique das pech gehabt, daß es sich bei den beiden diffamierten genossen um leute handelt, die eine lange politische geschichte in dieser stadt haben.
und die deshalb über viele freundInnen, genossInnen und kontakte verfügen und sich so zur wehr setzen können. bei leuten, die nicht über dasselbe glück verfügen, wären sie mit ihrem dreck vielleicht durchgekommen.
beispiele dafür gibt es in der geschichte der linken leider zu häufig.
dies allen LeserInnen zur warnung und zum nachdenken.

mit revolutionären grüßen

genossinnen und genossen aus meheren autonomen gruppen

ALLE TAGE 1.MAI ???

Haus im Karolinenviertel wird geräumt! Keine Reaktion!
Hafen wird durchsucht! Keine Reaktion!
Grapo-Militanter "fast" ermordet! Gerade 100 - 120 Leutchen kriegen es auf die Reihe (trotz wochenlanger Mobilisierung und Hinweisen in "unseren"Kneipen!) in die City zu kommen, um dort wenigstens ein bißchen für Öffentlichkeit zu sorgen!
Alle Tage 1. Mai ???????? Also doch nur eine Sprechblase!!!!!
Aber man/frau hat das Gefühl, das nur noch die groß vorbereiteten Actions (1. Mai) oder immer wieder neu eingeleitete Kampagnen (die nächste Shell- Großaktion steht ja auch bald wieder vor der Türe!) unsere "radikale Linke" dazu bewegt sich eizuklinken.
Es geht nicht nur darum zu "reagieren", sondern einzeln oder aus Euren Zusammenhängen heraus zu "agieren". Das heißt, nicht darauf zu warten, bis einem/einer vorgegeben wird von "Autonomer Gruppe X" oder "Revolutionärem Plenum Y", wo wir Wann und Was machen. Darauf können sich die Cops nur allzu gut darauf einstellen! Macht selber was und schafft Zusammenhänge, welche für die Staatsmacht unberechenbar werden! Eine Möglichkeit wäre z.B. parallel zu einer Demo............, da ja ein Großteil der Bullen mit der Demo beschäftigt wäre.
Auch sonst wäre dies flexibelste Form zu "agieren", denn z.B. bei einem Shell-Aktionstag läßt sich ja wohl kaum eine militante Aktionsform umsetzen, ohne dabei Gefahr zu laufen, dabei einzufahren! Es gibt auch sonst noch genügend Angriffsziele, die auf unseren Besuch warten. Also denn: Alle Tage 1. Mai!!!!

Autonome Gruppe "Cumbia"

PS:
Trotz der wenigen Leute auf der Spontandemo am Kuhdamm, gelang es uns eine kurze Kundgebung und eine Spontandemo zum Grapo-Hungerstreik zu machen! Natürlich mußten die Bullen mal wieder ihre Männlichkeit unter Beweis stellen und jagten knüppelschwingend hinter uns her! Deshalb nochmal: Überlegt Euch auch mal andere Aktionsformen!

ZUR KADEWE-AKTION

Zur KadeWe Aktion nach dem Stadtspiel in SO36

Als Beteiligte bzw. Geschädigte dieser Sache halten wir es für notwendig, eine öffentliche Einschätzung dazu zu schreiben (auch wenn sie etwas spät kommt und andere in der Interim schon was abgedruckt haben).

Mehrere Verletzte, 12 Festnahmen, keine Vermittlung desseh, was wir eigentlich da wollten, müssen das Scheißgefühl einer Niederlage produzieren. Ob so etwas so passiert, hängt außer von der Brutalität der Bullen oder Wachschützern entscheidend auch von uns ab: ob wir die Möglichkeiten und Gefahren einer Situation richtig einschätzen, wie wir uns verhalten!!!

Dabei sind für uns vor allem vier Sachen wichtig:

1) Der Wittenbergplatz ist nicht Kreuzberg. Wir begeben uns bei Aktionen dort praktisch in "Feindesland", sind durch Kleidung und Outfit sofort identifizierbar und greifbar. Auf Sympathie oder Unterstützung können wir dort garantiert nicht rechnen; in der Menge unterzutauchen ist fast unmöglich. So eine Aktion im KaDeWe darf nur laufen, wenn neben allem anderen auch klar ist, welche Klamotten dafür sinnvoll sind. Und dies muß schon in der Vorbereitung berücksichtigt werden.

2) Die Wachschützer-Rambos des KaDeWe's unterscheiden sich von den Bullen höchstens dadurch, daß sie noch brutaler und unberechenbarer sind. Sich mit ihnen auf Diskussionen einzulassen oder zu versuchen, unbedingt unser Recht auf einen Kaufhausbummel gegen sie durchzusetzen, war noch sinnloser als bei Bullen.

3) Trotz eines schnell vorhandenen mulmigen Gefühls bei Vielen wurde viel zu lange vor Ort geblieben. es gab mehere Momente, in denen viele gehen wollten, aber nicht konnten, weil sie durch die Leute, die sich auf Labereien oder Provos mit den Wachschützern eingelassen hatten, an den Ort gebunden wurden. Wenn erstmal was passiert, muß schon aus Solidarität dageblieben werden. Diejenigen, die sich so "offensiv" verhalten, sollten sich genau überlegen, ob das jetzt was bringt oder ob sie nicht andre und sich selbst sinnlos gefährden. Wenn Viele gehen wollen, muß das der Maßstab sein und nicht der Drang, sich unbedingt behaupten zu müssen.

4) Die Aktion war fast gar nicht vorbereitet. Zwar war in der Planung ursprünglich ein dafür bestimmtes Flugblatt und das Mitnehmen eines Megas mit drin, dies fiel jedoch wegen Hektik und Überlastung in den Tagen unter'n Tisch. Und eigentlich sollte Karstadt am Hermannplatz besucht werden. Dies wurde deswegen umgeworfen, weil wir uns mit der zeit verschätzt hatten, d.h. wir dachten, das Stadtspiel dauert viel länger und es wäre wegen dem 17 Uhr Termin in der City angebracht, gleich dorthin zu mobilisieren. dazu kam noch die knappe zeitangabe (1/2 Stunde später ins KaDewe), in der sich niemand hätte City-mäßig umziehen können.

Dies alles zusammengenommen hätte zur Konsequenz haben müssen, diese Aktion abzublasen. da die Stimmung auf dem Stadtspiel so gut war und weil wir noch die gelungene Bettenabteilungsaktion der Studis im kopf hatten, ließ uns der Übermut falsche Schlüsse ziehen.

Nach dem Stadtspiel, das viel laune gemacht hat und hoffentlich vielen in guter Erinnerung blieb, war diese Aktion einen Schuß in den Ofen und die Kritik daran voll und ganz berechtigt.

Hoffentlich lernen wir daraus.

Die folgenden beiden Artikel haben wir einer Broschü des ASTA FU zu den neuen AusländerInnengesetzen entnommen.

Mit RassistEN gegen Rassismus?

Westberliner Bündnisse gegen das "Ausländergesetz"

In diesem Abschnitt sollen kurz die Zusammenschlüsse gegen das "Ausländergesetz" erläutert werden, die sich in Berlin (West) gebildet haben, wobei insbesondere auf die "Aktionsplattform gegen das Ausländergesetz" sowie auf das "Aktionsbündnis Türkischer Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen" eingegangen wird. vorab sei kurz geschildert, wie sich die Situation entwickelt hat.

Dezember 1989 beschlossen die "AusländerInnen"-Referate (A-Refs) der ASten FU und TU, alle möglichen Gruppen zu einem Treffen einzuladen, auf dem diskutiert werden sollte, was gegen den "Ausländergesetz"-Entwurf des Bundesinnenministeriums gemeinsam unternommen werden kann.

Anfang Januar 1990 wurden rund 180 Einladungen verschickt, wobei darauf geachtet wurde, daß ein breites linkes Spektrum angesprochen wird, angefangen bei Gewerkschaften, sozialdemokratischen Vereinen über AL und verschiedenen ImmigrantInnen- und Flüchtlingsvereinen bis zu autonomen Gruppen. Dabei war sich die Vorbereitungsgruppe höchstwahrscheinlich auftretender Probleme bewußt.

Das erste Treffen fand am 17. Januar statt. Wie erwartet erschienen nur relativ wenige, nämlich etwa 20 Organisationen, die allerdings ein breites Spektrum vertraten (DGB, türk. SozialdemokratInnen, AL, ImmigrantInnen- und Flüchtlingsvereine usw.).

Es wurde als positiv bewertet, daß ein solches Treffen stattfindet; Vorschläge für gemeinsame Aktionen wurden gesammelt. Besonders betont wurde, daß eine Zersplitterung zwischen einzelnen Initiativen zu verhindern gilt, was im Hinblick darauf gesagt wurde, daß sich unabhängig von diesem Treffen eine vom türkischen Frauenverein Akarsu e.V. initiierte Demo-Vorbereitungsgruppe gebildet hatte.

Daher stieß die Ankündigung der SozialdemokratInnen, daß u.a. sie in den nächsten Tagen alle (!) türkischen Organisationen zu einem ähnlichen Treffen einladen, bei einigen auf Unverständnis, gilt es doch gerade gegen Rassismus ungeachtet der Nationalität gemeinsam vorzugehen.

(Die Demo am 3. Februar war mit etwa 2000 - 3000 Beteiligten eher schlecht besucht, was sicherlich auch daran lag, daß Vorbereitung und Mobilisierung schlecht gelaufen waren und der Termin willkürlich gesetzt wirkte.)

Die "Aktionsplattform gegen das Ausländergesetz", wie sich der von den A-Refs zusammengerufene Kreis nunmehr nannte und nennt, traf sich fortan regelmäßig. Mit der Zeit wurde der Kreis kleiner; v.a. und allen voran die Organisationen aus dem reformistischen Spektrum blieben fort (Gewerkschaften, türk. SozialdemokratInnen, AL).

Die verbleibenden Gruppen waren dafür umso engagierter (Ada, Antifasist Genclik, A-Refs FU/TU, Cafe Grenzenlos, Ermittlungsausschuß im Mehringhof, Kauderzanca, Kolumbiengruppe usw.). Gleich in den ersten Wochen wurde ein Flugblatt herausgebracht, in dem zentrale Kritik, die sich auf den repressiven Charakter des Gesetzentwurfes bezieht, und Forderungen der an der "Aktionsplattform" teilnehmenden Gruppen formuliert sind. Maßgeblich sind die Forderungen nach Abschaffung jeglicher "Ausländergesetz"-Gebung und gleichen Rechten für alle, worin auch ein wesentlicher Unterschied zu den Vorstellungen der Gruppen aus dem reformistischen Spektrum deutlich wird, die den generell rassistischen Charakter von "Ausländergesetzen" nicht einsehen und sich auf die Forderung nach einem "humaneren Ausländergesetz" beschränken und allenfalls kleine Verbesserungen vorschlagen.

Am 21. März 1989, dem Antirassismus-Tag der UNO, führte die "Aktionsplattform" am Breitscheidtplatz eine Kundgebung gegen Rassismus und "Ausländergesetze" durch, die mit 200 Leuten extrem schlecht besucht war.

Einen Tag später besetzten 15 Leute der "Aktionsplattform" rund fünf Stunden lang das Landesbüro der SPD in der Müllerstraße im Wedding, um dagegen zu protestieren, daß die SPD ihre Möglichkeiten im Innenausschuß des Bundesrats zur Verzögerung bzw. Verhinderung der Verabschiedung des Gesetzentwurfes nicht nutzt. Mit dieser Aktion sollte ein weiteres Mal Öffentlichkeit geschaffen und der SPD gezeigt werden, daß ihnen ihre Unschuldsbeteuerungen an der Verantwortung für die Verabschiedung des Gesetzes kein (?) Mensch abnimmt.

Zusammen mit dem "Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus" bereitet die "Aktionsplattform" nun für die Zeit vom 21. bis zum 29. April Aktionstage gegen das "Ausländergesetz" vor.

Ende Januar bildete sich ein Bündnis mit ganz anderer Zusammensetzung, nämlich ein ausschließlich aus türkischen Gruppen bestehendes Bündnis, das sich den Namen "Aktionsbündnis Türkischer Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen" gab. Darin sind von sozialdemokratischen Vereinen, die das Ganze im wesentlichen initiierten und mehr oder weniger auch leiten, bis zu reaktionären, islamisch-fundamentalistischen Gruppen alles mögliche vertreten. Vorbild war offensichtlich "Vatandas Girisimi" ("Bürgerinitiative"), ein Bündnis in Köln mit ähnlicher Zusammensetzung.

Von Anfang an dabei waren auch türkische Zeitungen und Fernsehsender, die umgehend und breit über das Bündnis berichteten.

Am 7. Februar führten sie eine Pressekonferenz durch, auf der sie sich und ihre Ziele vorstellten; am 16. Februar organisierten sie eine Menschenkette um das Rathaus Schöneberg, an der etwa 400 Leute teilgenommen haben sollen. War es zuerst ein rein nationales Bündnis, wurden

für die Durchführung einer Demo am 31. März, nachdem bereits alles feststand, auch Gruppen anderer Nationalität wie auch deutsche angesprochen, so daß sich der UnterstützerInnenkreis für die Demo etwas vergrößerte. An der Demo sollen laut Zeitungsberichten 10 - 15 000, nach verschiedenen anderen Angaben bis zu 30 000 (zum größten Teil türkische) Leute teilgenommen haben.

In der "Aktionsplattform", auch in den A-Refs, wurde das türkische Bündnis ausgiebig diskutiert und schließlich eine Zusammenarbeit im Prinzip abgelehnt, allerdings mit dem Vorbehalt, nicht in einen Konkurrenzkampf zu treten und sich möglichst nicht gegenseitig ins Gehege zu kommen, was der Sache sicherlich mehr geschadet als genützt hätte.

Vorrangig geht die Argumentation gegen eine Zusammenarbeit davon aus, daß es nicht angeht, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die zum Teil u.a. rassistische, frauenfeindliche und reaktionäre Positonen vertreten. Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet es, daß wir uns in die eigenen Finger schneiden, wenn wir mit RassistEN gegen Rassismus zu kämpfen versuchen, davon abgesehen, daß unsere Glaubwürdigkeit damit aufs Spiel gesetzt wird.

An dieser Stelle ist es notwendig, auf einige der Gruppen etwas näher einzugehen.

"Avrupa Milli Görüs Teskilatlari Berlin Bölgesi" (AMGT - "Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa - Berlin") hängen der Refah Partisi ("Wohlfahrtspartei") von N. Erbakan in der Türkei an, einer Partei, die vor dem Putsch 1980 eng mit der faschistischen "Milli Hareket Partisi" ("Nationale Bewegungspartei") von A. Türkes arbeitete, in der die auch hier so bekannten "Grauen Wölfe" organisiert sind.

Daß sich daran bis heute nicht viel geändert hat, zeigt u.a. der UnterstützerInnenkreis einer antikommunistischen Demo gegen den Einmarsch der sowjetischen Armee in Aserbeidschan: Neben AMGT unterstützten die Demo auch DITIB und Hür Türk (beide ebenfalls im türkischen Bündnis vertreten) und... die faschistische "Avrupa Demokratik Ülkücü Dernekleri Federasyonu" ("Föderation der demokratischen Idealistenvereine - Europa" BRD-Sektion der Türkes-Partei, die in der Türkei heute "Nationale Arbeitspartei" - MCP- heißt:

"Protestdemo gegen das Massaker an Muslimen in Azerbaycan...!" lautet die Überschrift. "Unsere Geschwister in Azerbaycan weinen Blut. Am 19. Januar 1990 besetzte die russische Armee die Hauptstadt von Azerbaycan, Baku, und übte an Tausenden, ob Frauen oder Männer, jung oder alt ein Menschenmassaker aus. (...) Die Azeris sind vollständig genau wie wir durch und durch türkische Muslime. (...) In diesem Moment setzen die bewaffneten Russen und Armenier in Azerbaycan, Nahcivan und Karabag das Massaker an den Muslimischen Türken fort. (...)"

In diesem Wortlaut geht es immer weiter. Auf dem Plakat zur Demo beugt sich ein blutrünstig aussehender Typ, im Hintergrund noch mehr von der Sorte, über einen Teil der Erdkugel; darunter steht: "Der Drache Kommunismus".

In einem taz-Interview mit einem DITIB-Mitglied (Diyanet Isleri Türk-Islam Birligi" - "Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion"; arbeitet mit dem türk. Konsulat zusammen und gibt u.a. "offiziellen" Koranunterricht) heißt es u.a.:

"`Kurden? Auch die sogenannten Kurden entstammen turkmenischen Stämmen. Sind also Türken. Das `kurdische Problem' (...) existiert nur in den Hirnen kommunistisch verhetzter Menschen.'" Der Massenmord am armenischen Volk sei eine Organisationspanne gewesen. "Doch die Verahtwortlichkeit für Unglück und Bosheit der Welt teilen sich nach seiner Meinung ohnehin ausschließlich gottlose Kommunisten und Atheisten, ketzerische Freimaurer und irrgläubige Juden und Christen." (taz, 27.02.89)

Die Beziehungen dieser Gruppierungen zu diversen türkischen Kabelsendern ist ziemlich gut; vor wenigen Jahren organisierte der Sender TD 1 eine Unterschriftenkampagne gegen einen Gedenktag zum armenischen Vöplkermord.

Schon mehrmals ist es diesen Gruppen gelungen zehntausende von türkischen Leuten auf die Straße zu bekommen, z.B. aus Protest gegen die Politik der bulgarischen Regierung gegen die türkische Minderheit. Es war also abzusehen, daß dieses Bündnis mit der entsprechenden Propaganda Tausende auf die Straße zu bringen fähig ist.

Für die SozialdemokratInnen sind diese Gruppen also allemal attraktiver als ein linker Zusammenschluß. Auf diese Weise können sie sich beispielsweise ein WählerInnenpotential sichern, immerhin ist trotz allem noch davon auszugehen, daß das Kommunale Wahlrecht auch auf sog. "AusländerInnen" ausgedehnt wird. Andererseits können sie ja nicht ihren deutschen KollegInnen von der SPD im Hochschrauben nationalistischer Gefühle nachstehen. Legitimieren wollen sie, wie auch die Vereine aus dem TKP-Spektrum, die bezeichnenderweise ebenfalls in dem Bündnis sind, ihr Handeln damit, daß es eben notwendig sei, über den eigenen Schatten zu springen und gegen den anstehenden "Ausländergesetz"-Entwurf zusammenzuhalten; außerdem sei die Zusammenarbeit zeitlich befristet und punktuell, d.h. egal was einzelne Gruppen vertreten, Hauptsache, es wird zusammengehalten. Also eindeutig eine äußerst fragwürdige "Scheuklappen"-Politik. Dieser Ansatz bedeutet im Klartext nichts anderes als: "Es gibt keine Parteien mehr, nur noch Türken..." Interessanterweise werden ähnliche Positionen auch von "deutschen" Linken vertreten; nur heißt es dann ganz multikulturell: "Es gibt keine Parteien mehr, nur noch AusländerInnen...", was von der Tendenz her in dieselbe Richtung geht. Sie sollen sich alle etwas zusammennehmen, schließlich seien sie alle betroffen, lautet der Tenor (taz z.B. am 2.4.90, Zeitschrift des Moabiter Antifa-Info-Arbeitskreises Nr. 8,...). Offensichtlich ist vielen der immanent nationalistische, auch rassistische Charakter dieser Herangehensweise nicht ganz bewußt. Wer käme schon auf den Gedanken, mit der CDU oder den REPs zusammenzuarbeiten, nur weil sich ein Problem ergibt, gegen das auch sie etwas haben und machen möchten?!

Klar ist, daß wir in unserer politischen Arbeit möglichst viele Leute ansprechen wollen, das sollte jedoch nicht so weit gehen, daß mit Organisationen zusammengearbeitet wird, die reaktionäre, teilweise auch faschistische Positionen vertreten.

Bis auf das genannte beschränkte Spektrum machen auch keine linken türkischen Gruppen im Bündnis mit, das sollte eindeutig klar sein.

Gerade gegen den Rassismus ist es notwendig, gemeinsam zu kämpfen, ohne auf die Nationalität zu achten; daß ein solches Bündnis zustande gekommen ist, zeigt nur, daß die aktiv Teilnehmenden die rassistischen Strukturen, die die Herrschenden uns aufzwingen wollen, übernommen haben, d.h. die Spaltung in einzelne Nationalitäten akzeptieren.

Wenn es die Linken, wer auch immer das sein mag, nicht schaffen, genauso viele Leute auf die Straße zu bringen wie die Rechten, kann die Konsequenz nicht sein, sich an die Rechten zu hängen, um auch was von der "Masse" zu haben. Damit wird den Rechten nur ihre vermeintliche Stärke bescheinigt; davon abgesehen, daß auch die Glaubwürdigkeit der eigenen politischen Inhalte verloren geht.

Das reformistische Lager

Die großen reformistischen Organisationen (SPD, DGB, Grüne/AL, VVN,...) arbeiten derzeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auf eine Spaltung und/oder Funktionalisierung der linken, außerparlamentarischen Bewegungen hin. Dies gilt für die Antifabewegung, die Frauen- und Lesbenbewegung (die AL boykottiert den internationalen Frauentag in West-Berlin und demonstriert wiedervereinigt in Berlin/Hauptstadt, der DGB, die GEW versuchen die Erzieherinnen von einer Teilnahme an der Demo abzuhalten), die Kampagne gegen den Schäuble-Entwurf... . Die Linke steht auf längere Zeit mit dem Rücken zur Wand und wehrt sich nicht. Vielmehr starrt sie wie gelähmt auf die gesamtdeutsche Eintracht. Den Aktivitäten der Reformisten wird ein linksradikales, revolutionäres Schulterzukken entgegengesetzt (mit den bekannten Argumenten). Entscheidend ist, daß der "reformistische Block" keineswegs homogen ist. Wir müssen den Spaltungsversuchen entschieden entgegentreten, die berüchtigten eigenen Inhalte in die reformistischen Organisationen hineintragen und die Kluft/Widersprüche zwischen FunktionärInnen und Basis nutzen (gegebenenfalls vergrößern), und eigene Perspektiven aufzuzeigen. Doch zurück zum Thema:

Einschätzung der Politik der AL/SPD:

In der Koalitionsvereinbarung vom 13.3.89 wurde "das Bekenntnis zu den hier lebenden Ausländer/innen, eine humane Flüchtlingspolitik und die Integration der bei uns lebenden Ausländer/innen" festgeschrieben.

Vereinbart war:

- Rückkehroption für Jugendliche und Erwachsene.
- Erleichterung des Familiennachzugs.
- Abschaffung der "Arbeitsgemeinschaft Ausländerüberwachung" (AGA) und der "ausländerbehördlichen" Bewertung binationaler Ehen.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts.
- Aufhebung der Zuzugssperre, Verbesserung des Zugangs zu Wohnungen städtischer und gemeinnütziger Gesellschaften.
- gleiche Bewährungsmöglichkeiten für "ausländische" wie für deutsche StraftäterInnen, Bewährungsduldungsmöglichkeiten, keine Ausweisung hier aufgewachsener Jugendlicher, keine Ausweisung wegen Sozialhilfebedürftigkeit.

Der derzeitige Zustand:

- mit Ausnahme einiger Pätzold-Weisungen (dazu später mehr) gilt der "Kewenig-Ausländererlaß". Die notwendige Neufassung wird offenkundig bis zur Neufassung des "Ausländergesetzes" (Schäuble-Entwurf) verschoben.
- alle beabsichtigten Erleichterungen finden keine Anwendung.
- Staatssekretär Borrmann hat einer langen Liste von Abschiebungen zugestimmt, darunter ehemalige StraftäterInnen, ohne Prüfung der Bewährungsmöglichkeiten.
- Frauen wird weiterhin kein eigenständiges Aufenthaltsrecht zugestanden.
- Ehen unterliegen weiterhin der "ausländerbehördlichen" Bewertung. "Zweckehen" gelten nicht als Zeitraum zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis.
- die Zuzugssperre gilt weiter.
- das Wahlrecht wird nicht eingeführt.
- Sozialhilfebedürftigkeit ist bei polnischen Staatsangehörigen mit Aufenthaltserlaubnis neu als Ausweisungsgrund eingeführt, d.h. eine Verschärfung der bisherigen Praxis.
- Familienangehörige müssen bei Verwandtenbesuchen der"Ausländerbehörde" einen Einkommensnachweis vorlegen.
- dem ehemaligen Koalitionsessential "Ausländerpolitik", folgte der Einstieg der AL in den großdeutschen, nationalistischen Taumel. Aus der Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR ist die Befürwortung der Wiedervereinigung geworden.

In der Flüchtlingspolitik waren u.a. folgende Vereinbarungen festgeschrieben:

- Abschaffung der rechtswidrigen Sozialhilfekürzung und Auszahlung als Barleistung anstelle von "Gemeinschaftsverpflegung".
- Lockerung der räumlichen Aufenthaltsbeschränkung.
- allgemeine Schulpflicht.
- Bundesratsinitiative gegen das Ausbildungs- und Arbeitsverbot.
- Abschaffung der Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkünften zu leben.
- Aufenthaltserlaubnisse für Flüchtlinge nach fünfjährigem legalen Aufenthalt, bei Betroffenen aus Ländern, für die ein Abschiebestopp aus humanitären Gründen besteht, bei geschlechts- und gruppenspezifischer Verfolgung. Abschiebestopp in den Iran, Libanon, Sri Lanka und Äthiopien. In besonderen Härtefällen ist eine Aufenthaltserlaubnis vorgesehen (z.B. bei der Bedrohung von Leben oder Freiheit im Herkunftsland, gilt auch für StraftäterInnen).
- "Ostblockflüchtlinge" sind den übrigen Flüchtlingen gleichgestellt.

Der derzeitige Zustand:

- der Senat hat die Sozialhilfe bis zum 30.4.89 weiter gekürzt und vertritt diese Position in den anhängigen Widerspruchs- und Klageverfahren. Die volle Barzahlung wurde erst im September eingeführt.
- Aufenthaltsgestattungen und Duldungen sind weiterhin auf Berlin-West beschränkt.
- es gibt keine Schulpflicht für Flüchtlingskinder. Der Schulbesuch kann erschwert oder verweigert werden.
- eine Bundesratsinitiative gegen das Ausbildungs- und Arbeitsverbot ist bisher nicht erfolgt.
- die Lebensbedingungen in den Lagern haben sich durch die rechtswidrige Überbelegung erheblich verschlechtert.
- die Vereinbarungen betreffend des Abschiebestopps in besagte Länder, der Härtefallregelung und der Gleichstellung der "Ostblockflüchtlinge", wurden mit der Weisung des Innensenators vom 20.6.89 umgesetzt. Am 19.10.89 wurde diese Weisung komplett außer Kraft gesetzt. Die "Ausländerbehörde" hat sich mit Billigung des Innensenats schon vorher nicht an die Weisung gehalten. Im Vertrauen auf diese Weisung, haben Flüchtlinge ihren Asylantrag unwiderruflich zurücknehmen müssen. Jetzt erhalten sie Ankündigungen der Abschiebung und Passeinzugsbescheinigungen mit teilweise wöchentlichen Meldefristen. Wegen dieser Maßnahmen verweigern viele Sozialämter den Betroffenen den Lebensunterhalt.
- auch nach fünfjährigem Aufenthalt verweigert die "Ausländerbehörde" die Aufenthaltserlaubnis.
- die Bewährungsduldung für StraftäterInnen wird nicht erteilt.
- die Härtefallkommission wird nicht eingerichtet. Staatssekretär Borrmann hat Abschiebungen zugestimmt und durchführen lassen.
- gemäß der Weisung vom 1.11.89 sind über 20.000 Menschen aus den RGW-Staaten von der Abschiebung bedroht.

Abschließend noch ein Wort zum "Anti-Rassismus-Ressort". Dieses sollte über "Leitlinienkompetenz und Kontrollrechte" verfügen und gleichberechtigt neben der "Ausländerbehörde" Leitlinien einer neuen antirassistischen Politik entwickeln. Im Haushalt 1990 sind hierfür (einschließlich Verwaltungspersonal) 6 Stellen vorgesehen. Das Ressort ist der "Ausländerbeauftragten" unterstellt. Die ursprüngliche Konzeption hätte eine eigenständige Stelle mit mindestens 20 Personen bedeutet. Die derzeitige Planung läuft auf eine Verhinderung des Ressorts hinaus.

Der Pätzold-Entwurf wird wahrscheinlich nicht als Gesetz in

Kraft treten. Der Schäuble-Entwurf wäre bei seiner Durchsetzung für alle Bundesländer Rechtsgrundlage. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung und angesichts der Tatsache, daß ein West-Berliner Senat noch nie die Übernahme eines Bundesgesetzes abgelehnt hat, wird der Schäuble-Entwurf auch für West-Berlin gelten. Die bisherige ImmigrantInnen- und Flüchtlingspolitik des Senats ist ein politischer Skandal. Die Pätzold-Weisungen gehen zum Teil hinter den "Kewenig-Ausländererlaß" zurück. Gemessen an den Koalitionsvereinbarungen ist dem Senat die eigene Politik, um die Ohren zu hauen, mit der er rassistische Deutschtümelei betreibt. Ähnliches gilt für den Umgang der Grünen und der Sozialdemokratie mit dem Schäuble-Entwurf. Es wäre überhaupt kein Problem, den Gesetzesentwurf an diverse Ausschüsse zur Überarbeitung zurückzugeben. Dies geschieht nicht. Mit Verabschiedung des Gesetzes wollen sich die beiden Parteien als "humane Alternative" profilieren und gleichzeitig auf der nationalistischen Welle mitschwimmen. Bei der derzeitigen großdeutschen, chauvinistischen Stimmungslage (massiv durch die Sozialdemokratie selbst motiviert und getragen), handeln die SPD und die Grünen ausschließlich nach wahltaktischer Opportunität. Bei einer möglichen Regierungsübernahme im Dezember 1990, könnten sie dann auf die von der alten Regierung geschaffenen gesetzlichen "Sachzwänge" verweisen. Aus dieser Interessenlage heraus ist nicht zu erwarten, daß die SPD und die Grünen entsprechend ihren Möglichkeiten gezielt gegen die Gesetzesvorlage mobilisieren werden. Es wäre jedoch politisch fatal, wenn aufgrund dieser Einschätzung der Politik der beiden Organisationen nur mit Desinteresse begegnet würde. Vielmehr müssen sie genau für diese Politik zur Verantwortung gezogen werden. Entscheidend ist,daß Teile der reformistischen Basis den Kurs ihrer FunktionärInnen nicht mittragen. Wir müssen dafür sorgen, daß Parteien von außen und innen unter Druck geraten. Eine Kampagne gegen das "Ausländergesetz" beinhaltet die Chance, der faschistischen, rassistischen und sexistischen Mobilisierung und Formierung endlich inhaltlich und praktisch entgegenzutreten.

Zum DGB:
"Kapitalistische Umstrukturierung" oder die Krise des "Reformlagers"

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften unterstützen, wie bereits erwähnt, die Spaltungsstrategie der SPD. Der DGB hat sich schon seit Jahren aus dem Kampf gegen Erwerbslosigkeit abgemeldet. Ohne weitergehende Perspektiven führt er einen Abwehrkampf für die Sicherung des beschäftigungspolitischen Status quo. Die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche, ist mittlerweile zu einem Tarifritual verkommen. Zudem ist sie schon längst keine adäquate Antwort mehr auf die politischen Offensiven der "Modernisierungs"strategInnen. Eben diesen Offensiven von UnternehmerInnen und Regierungsparteien, sekundiert von Lafontaine, zugunsten von Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung, kapitalorientierter Flexibilisierung, Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen, Entgarantierung, EG-Binnenmarkt ..., haben die Gewerkschaften bisher nichts entgegen zu setzen. Es werden keine Perspektiven zugunsten der Interessen der ArbeiterInnen und Arbeitslosen entwickelt und formuliert. Eine Antwort auf die Problematik Erwerbslosigkeit einerseits und Flexibilisierung / Deregulierung andererseits steht nach wie vor aus. Selbiges gilt für die soziale Krise und deren Folgen, die sich anbahnende Ökokatastrophe und vieles andere mehr. Es wird nur noch am Machbaren (oh diese Sachzwänge) herumgewerkelt. Der Verzicht auf die Formulierung von Perspektiven und Utopien, der Einstieg in das gesamtgesellschaftliche Krisenmanagement (die berüchtigte Realpolitik) ist für die allgemeine Perspektivlosigkeit und Desorientierung, verstärkte Hinwendung zu reaktionären und faschistischen Inhalten und "Lösungs"vorschlägen mitverantwortlich. Die Menschen lassen sich, aufgrund ihrer Erfahrungen mit der politischen Krisenverwaltung, nicht mehr vertrösten.
Bezüglich des Schäuble-Entwurfs hat der DGB ein Papier für ein "Humanes Ausländergesetz" vorgelegt. Damit wird der rassistischen Stimmung Rechnung getragen. Außer einigen (w)hohlklingenden Appellen und Verbesserungsvorschlägen, soll an einer Sondergesetzgebung gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge festgehalten werden. Dementsprechend unterstützen AL, DGB und SPD in West-Berlin gemeinsam ein Bündnis mit türkischen ImmigrantInnen-Gruppen, das inhaltlich von SozialdemokratInnen dominiert wird. Das Spektrum dieses Bündnisses reicht bis zu fundamentalistischen und faschistischen Positionen. Auch hier gilt: wir dürfen die Gewerkschaften nicht aus der Verantwortung entlassen, müssen sie für ihre politischen Handlungen zur Rechenschaft zwingen. Darüber hinaus müssen Forderungen an die Gewerkschaften gestellt werden, die in ihren eigenen politischen Bewegungsmöglichkeiten liegen. Natürlich müssen die Gewerkschaften bei den diesjährigen Tarifkämpfen unterstützt werden. Dabei ist jedoch auch der defensive, konzeptionslose Abwehrkampf der Gewerkschaften zu thematisieren.

Im Folgenden einige Stichpunkte/Schlagwörter, die sich innerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens bewegen:
- Steuerreform, Gesundheitsreform, § 116 AFG, Einführung der Sozialversicherungskarte (der/die gläserne ArbeiterIn), Manipulation der Arbeitslosenzahlen nach unten, Sozialabbau, alles schon vergessen, alles alte Kamellen?!
- EG-92, Sozialdumping, permanenter Angriff auf die gewerkschaftlichen Mindeststandards, bedeutungslos angesichts der bevorstehenden Wiedervereinigung?!
- Frauenarbeit im Niedrigstlohnbereich, patriachale und sexistische Strukturen auf allen gewerkschaftlichen Ebenen, angesichts der frauenverachtenden, reaktionären und faschistischen Mobilisierung kein Thema für die Gewerkschaften?!
- die Vertiefung der rassistischen Spaltung der ArbeiterInnenklasse (hallo Schäuble-Entwurf und deutsch-nationales Getöse), einfach ignorieren?! Von der offiziellen diskriminierenden und rassistischen Einstellungspraxis noch nie etwas gehört?!
- mit welchen Konzepten begegnet ihr den Modernisierungs- und Verelendungsstrategien von Späth und Lafontaine, Deregulierung, Flexibilisierung, Lohngruppendifferenzierung, Wochenendarbeit, Arbeitszeitverlängerung, Wechselschicht, Zeitarbeit, Heimarbeit, entgarantierte Arbeitsverhältnisse.... Vorwärts zur 35 Stunden-Woche?!
- wann werden endlich Weiterbildungsprogramme insbesondere für arbeitslose Frauen und Männer eingefordert?!
- wann wird die antifaschistische, antirassistische und antisexistische Bildungsarbeit intensiviert?!
- wann wird endlich über den gesellschaftlichen Nutzen und die ökologische Verträglichkeit von Produktion und Produkt geredet?!
- wann werden endlich die unsäglichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen KommunistInnen zurückgenommen?!
- wann werden linke KritikerInnen der Gewerkschaften von diesen im Kampf gegen die UnternehmerInnen unterstützt und nicht in einer "Konzertierten Aktion" aus dem Betrieb geschmissen?!
- wann wird endlich die Rolle der Tochtergesellschaften multinationaler (westdeutscher) Konzerne im Trikont thematisiert?!
- wann wird endlich praktische internationale Solidarität mit den ausgebeuteten Massen im Trikont (von der wir hier auch profitieren) ausgeübt?!

Diese kurze, unvollständige Auflistung zeigt, daß es eine Vielzahl von Themen gibt, die innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegungsmöglichkeiten liegen und dringend angesprochen werden müssen. Eine Analyse der kleineren reformistischen Organisationen (VVN, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, DKP/SEW, Humanistische Union, Republikanischer Anwälte- und Anwältinnenverein...) ist ebenso notwendig, wird aber in diesem Papier nicht mehr geleistet. Nur so viel: selbstverständlich muß interveniert werden, wenn die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste KommunistInnen aus ihrer Organisation ausschließt und keine Bündnisse mehr mit kommunistischen Organisationen eingehen will. Oder wenn einige Funktionäre der VVN zur materiellen Absicherung einen Zusammenschluß mit der SPD anstreben und damit die Antifabewegung spalten und sozialdemokratisieren wollen.

Zum gescheiterten Anschlag auf das Af.ö.O.

Wir haben am 5.5. das Amt für öffentliche Ordnung in Köln mit einem Sprengsatz angegriffen. Der Big Bang blieb aus. Die Aktion ist fehlgeschlagen.

Wir bedauern diesen Fehlschlag sehr, weil das Amt für öffentliche Ordnung das administrative Zentrum des Vorgehens gegen Immigranten/innen, Flüchtlinge und die in Köln ansässige Roma-Bevölkerung ist. Geplant war unsere Aktion als militante Antwort auf die bundesweite Großrazzia gegen Roma von Anfang April. Schwerpunkt des Polizeiüberfalls auf die hier lebenden Roma bildete die Durchsuchung des Roma-Lagers am Schiffhof mit dem größten Polizeiaufgebot der Kölner Nachkriegszeit.

Die politische Funktion der Terrorisierung der Roma durch die staatlichen Repressionsorgane ist darin zu sehen, daß die propagandistische Offensive, mit der die Roma und ihre Unterstützer kleine Erfolge im Kampf gegen Diskriminierung und für ein Bleiberecht zielt haben, umgedreht werden soll. Endlich werden die "Beweise" geliefert und vorgeführt, mit denen alle Behauptungungen und Vorurteile über "Zigeuner" und deren kriminelle Energie belegt und alle Repressionsmaßnahmen nachträglich gerechtfertigt werden können. Die widerlichen rassistischen Stereotype, die im Umfeld der Polizeiaktion gegen Roma vorgetragen wurden - wohlgemerkt von einer sozialdemokratisch dominierten Innen- und Stadtverwaltung, Presse, Justiz und Polizeiführung - stehen in bester Tradition des "Kampfes gegen die Zigeunerplage".

Die Polizeiaktion von April zielte auf die Einschüchterung der Roma-Bevölkerung, auf Spaltung der Unterstützerbewegung und beackert nicht zuletzt das "gesunde Volksempfinden", indem die Verantwortlichen ein Klima schaffen, das weitere Repressionsmaßnahmen bis hin zur Deportation der Roma in ihre Heimatländer zuläßt. Was die Betroffenen dort erwartet, erwartet, läßt sich leicht erahnen, wenn die nationalistischen Pogromaufrufe etwa in Rumänien, der Tschechoslowakei oder Jugoslawien nur zur Kenntnis genommen werden.

Wir beziehen uns mit unserer Aktion gleichzeitig auf den Widerstand gegen gegen das neue alte Ausländerrecht, das beim Amt für öffentliche Ordnung tagtäglich gegen Immigranten/tinnen und Flüchtlinge exekutiert wird. Mit dem neuen Ausländergesetz haben sich die Herrschenden ein Instrument geschaffen, das die Abschottung vor weiterer Zuwanderung perfektioniert, die Ausgrenzung der Nichtdeutschen fortschreibt, den Anpassungsdruck erhöht und alle Mittel zu ihrer Vertreibung bereitstellt.

WEG MIT DEM RASSISTISCHEN UND SEXISTISCHEN AUSLÄNDERRECHT !
SCHLUß MIT DER TERRORRISIERUNG DER ROMA ! BLEIBERECHT !
GRENZEN AUF FÜR ALLE !

RZ

Revolutionäre Zellen

EXPO ANGREIFEN

Wir haben das Büro der Weltausstellungsgesellschaft Bureau International des Expositions (BIE) in Paris kurzfristig besetzt und es außer Funktion gebracht, seine Infrastruktur zerstört und die Räume unnutzbar gemacht. Das Büro ist die zentrale administrative Schaltstelle für die Organisierung von Weltausstellungen.

Weltaustellungen sind immer wieder gigantische Präsentationen des Imperialismus. Während das Kapital die Länder des Trikonts (Asien, Afrika, Lateinamerika) auf dem Weltmarkt brutal ausplündert, stellt es ihnen auf Weltausstellungen auch ein Eckchen zur Verfügung, schließlich soll dem Publikum verkauft werden, daß es "um die Lösung von Menschheitsfragen" geht.

Das bunte Spektakel unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" - garniert mit einem Haufen pseudokritischer Wissenschaftler - soll keinen Zweifel aufkommen lassen: Es gibt keine Alternative zur kapitalistischen Weltordnung. Und für die Katastrophen, die sie herbeiführt, werden gleich neue, katastrophalere Technologien als profitable Lösungen angepriesen. Wurde bei der Brüsseler Weltausstellung 1956 mit dem Atomium, einem überdimensionalen Uranmolekül, das Zeitalter der Atomenergie eingeläutet, so soll das geplante Wahrzeichen der Hannover-Expo ein vergrößerter Ausschnitt der DNS-Spirale (Trägerin der Erbinformation allen Lebens) sein und die schöne neue Welt der Gen- und Reproduktionstechnologien propagieren.

Statt die Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden, werden diese genetisch so zurechtgebogen, daß zerstörte Umwelt und krankmachende Lebensbedingungen profitabel bleiben.

Die Reproduktionstechnologie wird die Männerherrschaft über Frauenkörper weiter ausbauen und zementieren. Der Lebensmittelmarkt wird mit Hilfe der Gentechnologie weltweit von wenigen Konzernen beherrscht und kontrolliert, schafft so gezielt zusätzliche Abhängigkeitsverhältnisse und wird zu einer zuverlässigen Verarmungs- und Hungerwaffe.

In der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation hat die Entscheidung für eine Weltausstellung in Europa, in der BRD, eine besondere Bedeutung. Die EG schickt sich an, die Führungsrolle in der Welt zu übernehmen. Die BRD nutzt u.a. die Annektion der DDR und ihren Vorsprung bei der Schröpfung Osteuropas, um ihre hegemoniale Position in der EG auszubauen. Da Weltausstellungen auch immer der Selbstdarstellung der Ausrichterstaaten dienen, kann die Expo 2000 bei der mit ihr verbundenen Propaganda für das '4. Deutsche Reich' diese Vormachtstellung der BRD ideologisch untermauern. Damit knüpft sie an die Tradition der Olympischen Spiele 1936 in Berlin an.

Die Expo fängt nicht erst im Jahre 2000 an. Sie beginnt schon jetzt. So wurde bereits auf dem von der Deutschen Messe AG (Hannover) mitorganisierten Symposium (Mensch-Natur-Technik) der Anspruch der BRD untermauert, die strategischen Rahmenrichtlinien für eine erneute Eroberung des Ostens festzulegen und in den kommenden Jahren umzusetzen.

Die Deutsche Messe AG war bei vielen Aktionen und Kampagnen immer wieder Gegnerin oder Angriffsziel in Hannover: so bei der IDEE 1982, Partnerland Türkei 1985, Messeanschlag 2.Juni 1985, Jobberinitiativen 1985/86, Messeblockade auf dem Messeschnellweg wegen des US-Angriffs auf Libyen 1986, Biotechnica 1986, Brandanschlag auf das Büro des Vorstandssprechers der Messe AG Sepp Heckmann 1989; bei diversen Aktionen gegen einzelne Staaten und Firmen auf den Messen. Die Aktionen hatten dabei wenig Bezug zueinander, die Bedeutung der Messe AG blieb in der Bestimmung des Widerstands unklar. Wir halten es daher für notwendig, dies und eventuelle strategische Konsequenzen zu diskutieren. Deutlich ist jedenfalls, daß die Messe AG eine treibende Kraft in den Bemühungen ist, Hannover als Wirtschaftsstandort 'attraktiver' zu machen. So initiierte die Messe AG auch die Bewerbung für die Expo.

Diese Expo hat in dreifacher Hinsicht Funktion. Zum Einen, daß auf Symposien der Messe AG und der Landesregierung vor internationalem Kapitalpublikum Hannover sich als Ost-West-Drehscheibe im kapitalistischen Ausplünderungsprozeß Osteuropas den privaten Investoren als Know-How- und Technologiestandort anbietet; Zum Zweiten will die Deutsche Messe AG ihre Rolle als führende Ausstellungsagentur in Westeuropa weiter ausbauen. Zum Dritten soll mit Hilfe von Bundesmitteln die Umkrempelung der Stadt entsprechend den kapitalistischen Verwertungsinteressen finanziert werden.

Derzeit werden die Yuppies zum neuen sozialen und kulturellen Leitbild gemacht: Im allgegenwärtigen Konkurrenzkampf müssen die Menschen jung, dynamisch, flexibel und spezialisiert, am besten noch innovativ sein, dann fahren sie auf der Überholspur des Lebens und können sich den Konsum leisten, der das Elend ihrer Vereinzelung überdecken soll.

An den Bedürfnissen der Yuppies wird die Stadtstruktur ausgerichtet. Die Innenstadt soll zur Erlebniszone für exotisches Shopping, Essen, Trinken und Beischlafen ausgebaut werden, wo sich der exzellente Hunger auf Luxusware menschlicher, tierischer und stofflicher Art austoben kann. Die angrenzenden Stadtteile wie List, Linden und Nordstadt dienen als gehobene Wohnviertel, angereichert durch durchgestylte Überreste von Subkulturen und ausländischen Kulturen, gesäubert von allem, was nicht vermarktbar ist oder durch bloße Anwesenheit gesellschaftliche Konflikte offensichtlich macht. Ansonsten wird eine Pseudofreiheit der Moden und Meinungen aufgebaut, die gesellschaftliche Fronten zukleistern soll.

Die HERRschenden geben sich - anders als noch vor Jahren - keine Mühe mehr, ihre Asozialität zu vertuschen. "Natürlich", so z.B. Oberstadtdirektor Lehmann-Grube, falle bei den Expo-Plänen "ein Drittel der Bevölkerung sozial hinten runter".

Ein Teil dieser 'An-den-Rand-Gedrängten' schuftet noch auf ent[illegible]ntierten Arbeitsplätzen ohne Interessenvertretung; für das Kapital gar nicht mehr Verwertbare wie

ein Teil der SozialhilteempfängerInnen oder Obdachlose müssen nur 'handhabbar' gehalten werden.
Mit einem Programm verschiedenster Maßnahmen von Sozialamtsschikanen bis zur Passerellenordnung werden sie in einen ständigen Überlebenskampf gestürzt, dabei auf Schritt und Tritt bürokratisch kontrolliert vereinzelt und an den Stadtrand getrieben, wenn sie als ImmigrantInnen nicht gleich ganz rausgeschmissen werden.

Frauen sind von der Ausbeutung im Rahmen des patriacharchalen Systems seit jeher besonders betroffen. Es weist ihnen die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit und die Funktion der 'Reservearmee' auf dem Arbeitsmarkt zu. Sie sollen funktionieren als Gebär- und Aufzuchtmaschine, schmückendes Beiwerk, Frittenbraterin für jung-dynamische Managertypen, als Hängematte für sexuell und auch sonst frustrierte Männer. Ihr gesellschaftlicher Abstieg ist weit mehr mit sozialer Ächtung und Isolation verbunden. Daran ändern auch Karrierefrauen und die Ausweitung des 'frauenspezifischen Arbeitsmarktes' nichts.

Ausgegrenzt und bekämpft werden alle, die sich aus ihrem politischen Bewußtsein heraus nicht in die HERRschenden Strukturen integrieren lassen, sondern Widerstand leisten. Sie werden kriminalisiert und psychiatrisiert, ihre Häuser und Zentren angegriffen.
Mit Parolen wie "Leute, die zu nichts nütze sind" (HAZ am 23.9.89 über militante Expo-GegnerInnen) lenken die Medien den Haß der Unterdrückten über ihre Lebensbedingungen von den Unterdrückern ab. Nach unten soll getreten werden. "Ausländer, Penner raus!" gröhlt das 'gesunde Volksempfinden' gehorsam und findet seinen deutlichsten Ausdruck im mittlerweile alltäglichen Straßenterror faschistischer Banden gegen ImmigrantInnen, Lesben, Schwule, Punks und Projekte aus dem Widerstand.
In Hannover wie auch anderswo ergänzt dieser Terror in den Innenstädten die Vertreibungspolitik der Kapitalstrategen und Stadtplaner, ihrer Bullen und Passerellensheriffs.

Wir setzen gegen ihre Prinzipien der Profitmaximierung und Machterhaltung unseren Kampf gegen jede Form der Unterdrückung, gegen Ausbeutung, Ausgrenzung und Isolation - für eine Gesellschaft, in der die Verhältnisse der Menschen solidarisch zueinander sind.
Dieses Gegenprinzip zum Warencharakter menschlicher Beziehungen mit den vorhandenen Machtstrukturen wollen wir auch in unseren Kämpfen vorwegnehmen. Teil unseres Widerstands gegen die Expo ist es deshalb, die herrschenden Spaltungslinien zu durchbrechen, Verbindungen und Gleichzeitigkeiten zwischen Kämpfen herzustellen, die in den Metropolen und dem Trikont, innerhalb und außerhalb der Knäste und entlang verschiedener innergesellschaftlicher Widersprüche geführt werden.
Wie wissen noch nicht, ob und wie der Expo-Widerstand über eine Kampagne hinauskommt. Die vielen einzelnen Projekte, die mit der Expo verbunden wären, ihre umfassenden Auswirkungen auf Alltag, Wirtschaft, Politik und Kultur bergen die Chance einer Verbindung zwischen verschiedenen Kämpfen mit unterschiedlichen Ansätzen und Mitteln. Wenn es uns jedoch nicht möglich ist, aus der Verbindung von konkreten Kämpfen Gegenmacht zu den herrschenden Gesellschaftstrukturen zu entwickeln, dann entsteht statt einer revolutionären Perspektive nur die Neuauflage alter Erfahrungen aus den sogenannten Teilbereichsbewegungen. Eine Bewegung, die sich allein auf die Expo fixiert, kann schon nach einer Entscheidung am 14.6.90 in sich zusammenfallen.

Im Büro in Paris laufen die Fäden der Internationalen Weltausstellungsgesellschaft BIE zusammen. Hier werden die Generalversammlungen, Delegationen und Ausschüsse organisiert und koordiniert.

Wir haben das Büro angegriffen, um ihre Arbeit direkt zu behindern und durch die Aktion zu einer Entscheidung gegen den Standort Hannover beizutragen. Durch den Angriff auf ihre Zentrale wollen wir über den lokalen Widerstand eines geplanten Expo-Standortes hinaus zu einem Kampf in internationaler Solidarität gegen Expos überhaupt kommen.

Paris im Mai 1990

Gegner der Expo 2000 überfielen Organisationsbüro in Paris

Paris (dpa). Unbekannte haben das Weltausstellungsbüro in Paris offenbar aus Protest gegen die Bewerbung Hannovers um die Expo 2000 gestürmt und verwüstet. Wie die Polizei gestern bestätigte, drangen sechs bis acht Maskierte am Donnerstag in das Büro im 16. Arrondissement ein. Die Täter versprühten Tränengas, warfen Farbbeutel, kappten die Telefonleitungen und zerstörten zwei Computerterminals.

Eine Angestellte sagte der Polizei, unter den Angreifern sei auch eine Frau gewesen. Sie habe „mit deutschem Akzent" gesprochen. Die Täter konnten unerkannt entkommen.



Hungerstreik in Spanien:

"... auch wenn es Tote geben wird."

Die harte Haltung der spanischen Regierung gegenüber den hungerstreikenden politischen Gefangenen forderte nun ein erstes Todesopfer: Am Mittwoch, den 16.5.90, erlitt ein spanischer Gefangener zwei Herzstillstände. Er wird seitdem nur noch künstlich durch medizinische Apparaturen am "Leben" erhalten.

Zusammen mit 40 anderen politischen Gefangenen in Spanien befand er sich seit über fünf Monaten im unbefristeten Hungerstreik für menschenwürdige Haftbedingungen.

Die Gefangenen fordern in ihrem jetzigen Hungerstreik die gleichen Haftbedingungen, die sie sich 1981 in einem 90-tägigen Hungerstreik erkämpft hatten. Damals starb ebenfalls ein Gefangener an den Folgen der Nahrungsverweigerung. Erst nach seinem Tod wurde ein Abkommen zwischen der damaligen spanischen Regierung und dem Roten Kreuz geschlossen, in dem die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in zwei große Gruppen garantiert wurde. Dies ermöglichte ihnen gemeinsame und freie Diskussionen und die Teilnahme an der politischen Auseinandersetzung in der Gesellschaft. Sie arbeiteten in Werkstätten, schrieben Bücher, gaben Broschüren heraus und machten Radiosendungen.

"Wir wurden zu Freiheitsentzug verurteilt..."

Die sozialdemokratische Regierung hat dieses Abkommen seit 1987 systematisch gebrochen: Die Gefangenen wurden getrennt und in Kleinstgruppen oder in völliger Einzelisolation in Gefängnisse über das ganze Land verteilt. Gleichzeitig haben die alltäglichen Provokationen und Schikanen gegenüber den Häftlingen in vielfältiger Form zugenommen. Das reicht von der Verhinderung der gemeinsamen Arbeit, Diskussionen und Freizeit, der Einschränkung der Kommunikation nach draußen bis zur völligen Kontaktsperre, von Schlägen durch Wärter bis zu unverhüllten Morddrohungen: man werde zum "Selbstmord auf deutsch" übergehen oder mit den Gefangenen "wie in Stammheim" verfahren.

Isolationshaft in Spanien

Herrera de la Mancha ist Spaniens modernstes, mit allen technischen Schikanen ausgestattetes Hochsicherheitsgefängnis mit Modellcharakter.

In Herrera gefangen zu sein, bedeutet 23 Stunden und 40 Minuten pro Tag extreme Einzelhaft, absolute Schweigepflicht. Es ist strengstens untersagt, mit Kollegen oder mit einem Wärter zu reden, wenn man nicht dazu aufgefordert wird. 20 Minuten sind für den täglichen Hofgang vorgesehen, aber auch das in absolutem Schweigen, die Hände auf dem Rücken verschränkt, den Blick stur auf den Boden gerichtet.

Die Zelleneinrichtung besteht nur aus einem Bett, einem Waschbecken und einer WC-Schüssel. Bücher sind genauso verboten wie ein Blick aus dem Fenster. Bemerkt der Gefangene ein Geräusch im Gang vor seiner Zellentür, hat er sich sofort an die Wand zu stellen, Beine und Arme gespreizt, auf Zehenspitzen und nur mit den beiden Daumen abgestützt, den Blick an die Decke gerichtet.

Bereits am 21. September letzten Jahres haben die Gefangenen einen mehrwöchigen Hungerstreik beendet, nachdem ihnen von der obersten Gefängnisbehörde die Wiederzusammenlegung zugesagt wurde. Diese Zusagen wurden nach wenigen Wochen gebrochen und erneut 16 Gefangene über das ganze Land verteilt.

Daraufhin haben die Gefangenen in der einzigen noch verbliebenen größeren Gruppe die Initiative ergriffen und den jetzigen

Hungerstreik begonnen. Inzwischen befinden sich alle Gefangen in Lebensgefahr; viele sind erblindet, alle haben andere irreversible Gesundheitsschäden. Bei allen wird die Zwangsernährung angewendet, um ihren Willen und den Kampf zu brechen. Viele ÄrztInnen und medizinische MitarbeiterInnen verweigern diese Folterbehandlung.

"... und nicht zu andauernder Folter."

Die Öffentlichkeit erfährt kaum etwas über die unmenschlichen Vorgänge in Spanien. Trotz der lebensbedrohlichen Situation für die Gefangenen gibt es von Seiten der spanischen Regierung keine Bereitschaft zu Verhandlungen. Auch die Interventionen der spanischen Menschenrechtsliga, der katholischen Kirche, des Bischofs von Madrid, des Roten Kreuzes, verschiedener RichterInnen, ausländischer RechtsanwältInnen und anderer konnten die Regierung nicht zu Verhandlungen bewegen.

Die spanischen Haftbedingungen im Kontext von EG '92

Diese harte Haltung der spanischen Regierung ist auf dem Hintergrund des Projekts "EG '92" zu sehen. Die Durchsetzung dieser unmenschlichen Haftbedingungen in Spanien entspricht dem von der BRD in Westeuropa forcierten Konzept der Unterdrückung politischer Häftlinge. In Erwartung der offenen Grenzen zwischen den EG-Staaten soll ein gesamteuropäisches Konzept im Umgang mit politischem Widerstand durchgesetzt werden: Die unnachgiebige Haltung der BRD-Regierung soll dabei zur europäischen Norm werden.

Bisher haben sich Gruppen in der BRD, in der Schweiz, in der DDR und in Belgien etc. in vielen Initiativen, Grußadressen, Protestresolutionen u.a. für die Wiederzusammenlegung der spanischen Gefangenen eingesetzt.

Aus der Hungerstreikerklärung:

"Nach 5 Jahren des Kampfes, Widerstandes und der Denunzierung, der nicht erfüllten Vereinbarung und angesichts der neuen Maßnahmen zu unserer Vernichtung sehen wir: Es gibt keine Zwischenlösung und es ist die Stunde gekommen, den Kampf für die Wiederzusammenlegung aufzunehmen. Gegenüber der Politik der Liquidierung und Vernichtung der politischen Gefangenen, basierend auf der Folter und der Zerstreuung, lassen sie uns nur einen Ausweg: den unbefristeten Hungerstreik für die Wiederzusammenlegung aller unter würdevollen und menschlichen Lebensbedingungen."

Tragen auch Sie dazu bei, durch eine breite Öffentlichkeit die spanische Regierung zur Aufgabe ihrer harten Haltung zu bewegen:

Erkundigen Sie sich nach dem Gesundheitszustand der Hungerstreikenden beim spanischen Konsulat in Berlin, Tel. 030/ 2616081 bzw. -82. Oder schreiben Sie an den Konsul der spanischen Regierung, Steinlestraße 6, 6000 Frankfurt 70 und fordern diesen dazu auf, sich für die Wiederzusammenlegung einzusetzen.

Brechen Sie das Schweigen, verbreiten Sie diese Informationen über die Vorgänge in Spanien, damit die Häftlinge den Mißhandlungen nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Spendenkonto für die Angehörigen der spanischen Gefangenen, c/o O. Becker, Postgiroamt Berlin-West, BLZ 100 100 10, Kto.-Nr. 448630-102.

Täglich um 18 Uhr findet auf dem Breitscheidplatz eine Kundgebung statt.

KUNDGEBUNG VOR DEM IRANISCHEN KONSULAT

Wir rufen auf zur Kundgebung und massiven Anwesenheit vor dem iranischen Konsulat in Berlin/DDR am 1.6.1990.

Den politischen Gefangenen im Iran droht eine neue Hinrichtungswelle.

Nach der iranischen Revolution gehörten Frauen zu den ersten, die Widerstand leisteten, deren Widerstand aber auch als erster niedergeschlagen wurde. Ihre Demonstration am 8. März 1979 in Teheran wurde von den Messerstecherbanden der islamischen Republik mit Steinen, Flaschen und Messern gezielt angegriffen und ihr Leben mit Folter und Gewalt bedroht.

Mit Khomenies Tod ist der mörderische Fanatismus im Iran noch lange nicht vorbei. Schon vor Khomenies Tod wurden Arbeitslager zur "Erziehung von Frauen", die gegen die islâmische Kleiderordnung verstoßen hatten, errichtet. Die Demütigung und Erniedrigung der Frauen steht auf der Tagesordnung der islamischen Regierung. Sie werden mit verschiedenen Methoden durchgesetzt. Während Frauen, die die islamische Kleiderordnung nicht akzeptieren, mit 74 Peitschenhieben in der Öffentlichkeit rechnen müssen, werden ihre Schwestern in den Gefängnissen gezwungen, öffentliche Reuebekenntnisse abzulegen, in denen sie ihre früheren politischen Aktivitäten als "Schandtaten" bezeichnen müssen.

Zur Abschreckung der Bevölkerung werden zur Zeit Frauen auf öffentlichen Plätzen erhängt oder gesteinigt. Ihnen wird Ehebruch, Prostitution oder die Beteiligung an einer Prostitution vorgeworfen.

Seit 10 Jahren wartet die iranische Regierung auf den Tag, an dem die iranischen Frauen kapitulieren und sich an die menschenverachtenden Gesetze des Islam anpassen. Trotz aller Repression und aller brutalen Folterungen leisten die iranischen Frauen jedoch weiterhin Widerstand.

Im August 1988 waren die Regierungen von Iran und Irak gezwungen Friedensverhandlungen zu führen. Nach dem 8-jährigen Krieg war die iranische Bevölkerung ausgeblutet und die Wirtschaft zerstört. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wuchs trotz umfassender Kontrolle und Unterdrückung und wurde zur Gefährdung des Regimes.

Parallel zu den Friedensverhandlungen begannen Verhandlungen mit ausländischen Regierungen über "Wirtschaftshilfe" beim Wiederaufbau. Die BRD - ehemals wichtiger Waffenlieferant und Waffenumschlagsplatz im Iranisch-Irakischen Krieg - wurde zum wichtigsten Handels'partner' in Sachen Investitionen beim Wiederaufbau und bei Lebensmittellieferungen.

Die DDR-Regierung hat das iranische Regime als »anti-imperialistisch« jahrelang unterstützt. Sie hat sich nie gegen die Verbrechen dieses Regimes und die Unterdrückung Andersdenkender geäußert. Anstelle dessen hat sie das iranische Regime mit Waffen beliefert.

Das iranische Regime wollte einerseits den wachsenden Unwillen der Bevölkerung beschwichtigen durch das Kriegsende und materielle Verbesserungen. Auf der anderen Seite liefen direkt nach den Friedensverhandlungen - und gleichzeitig mit den Wirtschaftsverhandlungen - massenhafte Hinrichtungen in den Gefängnissen. Tausende politischer Gefangener wurden umgebracht. Eine Generalamnestie, die bei den Friedensverhandlungen angekündigt wurde, fand nie statt. Die Widerständigen, die nach der massiven politischen Unterdrückung in den Gefängnissen überlebt hatten, sollten sich nicht mit der unzufriedenen Bevölkerung verbinden können.

Jetzt gibt es in den iranischen Gefängnissen wieder Anzeichen für eine neue Hinrichtungswelle: Kontaktsperre, Isolationshaft, Gefangene, deren Haftstrafen demnächst enden würden, werden neue Verfahren gemacht.



Wir fordern:

- **sofortigen Stop aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Iran**
- **Abschaffung der Todesstrafe**
- **Freiheit für alle politischen Gefangenen**
- **Abschaffung aller sexistischen Gesetze**

Kundgebung
1. Juni, 10.$^{\underline{00}}$
Stavanger Straße 23
Berlin 1071
U + S Bahnhof Schönhauser Allee

Treffpunkt
U + S Bahnhof Schönhauser Allee
um 9.$^{\underline{30}}$

Kommt möglichst in Gruppen und geht auch in Gruppen nach Hause. Kommt massenhaft, das ist der beste Schutz vor eventuellen Angriffen.

Um frühzeitig in der Interim zu sein, damit ihr auch alle Bescheid wißt, können wir erstmal nur unterschreiben als:

einige Frauen aus dem Internationalistischen Frauenplenum

und aus dem provisorischen Frauenkomitee gegen Hinrichtungen im Iran.

GEGEN DIE VEREINHEITLICHTE REPRESSION IN WESTEUROPA

Zur aktuellen Situation von zwei iranischen Flüchtlingen in Frankreich

Azita Monachipour und Djaber Kalibi sind zwei iranische kommunistische Militante, denen die Ausweisung aus Frankreich droht.

Beide wurden im September 1986 in Paris verhaftet und wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", der Iranischen Neuen Kommunistischen Bewegung, zu vier Jahren Haft verurteilt. Mit diesem Urteil wurde außerdem gegen sie nach ihrer Entlassung (Dezember 1989 bzw Februar 1990) eine fünfjährige Aufenthaltsbeschränkung verfügt, d.h. der Aufenthalt in 32 der 90 französischen Departements ist ihnen verboten.

Obwohl beide 1983 in Frankreich politisches Asyl erhalten haben (Djaber außerdem 1977 in der BRD), versucht die französiche Regierung, Azita und Djaber aus Frankreich auszuweisen, entsprechende Beschlüsse wurden von der Ausweisungskommission des französischen Innenministeriums gefaßt und im Dezember 1989 von Innenminister Joxe bestätigt.

Gegen diese Beschlüsse haben Azita und Djaber vor dem Verwaltungsgericht Klage erhoben. Mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist der Rechtsweg in Frankreich ausgeschöpft. Die Mobilisierung einer liberalen und demokratischen Öffentlichkeit sowie bekannter Intellektueller in Frankreich und die Intervention internationaler Menschenrechtsorganisationen hat die französische Regierung bisher davon abgehalten, Azita Monachipour und Djaber Kalibi auszuweisen, sie scheint aber entschlossen, an diesem Vorhaben festzuhalten und es langfristig in die Tat umzusetzen.

Daher ist es dringend notwendig, auf einer revolutionären und internationalistischen Ebene die Solidarität mit Azita und Djaber zu verstärken und die Pläne der französischen Regierung zum Scheitern zu bringen.

Das französische Innenministerium hat gegen Azita und Djaber Hausarrest in Deux-Sévres bzw. Lozère verfügt, wo sie bis zu ihrer Abschiebung bleiben sollen. Beide weigern sich aber, dieser Verfügung nachzukommen.

Während Azita Monachipour bisher unbehelligt blieb, wurde Djaber Kalibi am 19. März in Rouen verhaftet, nach Protesten französischer Menschenrechtsorganisationen aber noch am gleichen Tag wieder freigelassen.

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt ein Strafverfahren wegen Nichtbeachtung der Verfügung über den Hausarrest gegen Djaber eingeleitet. Der Prozeß hat am 23. April in Rouen begonnen, am 18. Juni soll Urteilsverkündung sein.

Wir fordern von der französischen Regierung, den Ausweisungsbeschluß gegen Azita Monachipour und Djaber Kalibi aufzuheben und das Strafverfahren gegen Djaber Kalibi sofort einzustellen!

- 19. 5. 90

ihr lieben,
ihr seid jetzt hier zusammen, hört zu, was von uns und unseren bedingungen erzählt wird, redet miteinander und überlegt, was ihr zusammen machen könnt, damit wir einer wirklichen diskussion näher kommen.
wir haben jetzt schon mehrfach gesagt, eine diskussion ohne unsere zl nach unseren vorstellungen und bedürfnissen ist nicht vorstellbar, das heißt, überlegungen zu den inhalten der diskussion und zu den dafür zu schaffenden bedingungen können nicht getrennt behandelt werden, sondern stellen eine einheit dar und sind auch zusammen anzugehen.
wenn man das letzte jahr zurückschaut, können wir nicht so tun, als hätte sich überhaupt nichts verändert. kriminalisierungsdruck oder auch verschärfung, wie man öfters hört, finde ich eine zu einseitige betrachtungsweise. sicher sind sie ständig dran, das erreichte immer wieder in frage zu stellen und zurückzunehmen, sicher läßt sich einiges dafür anführen von den zellenrazzien ende märz - bka'ler brachten bis auf einen zettel mir unbekannten inhalts alles abgegriffene wieder zurück - über den paramilitärischen angriff gegen die genoss-inn-en in der hafenstr., heute die auflösung der solidemo, bis hin zu der menschenvernichtenden linie zur zerschlagung der kollektive in spanien.

doch das ist nicht alles, sondern sie gehen äußerst differenziert und zurückhaltender als einst vor und versuchen, eine gewisse befriedung aufrechtzuerhalten, weil ihnen die mobilisierung in die breite vom letzten jahr noch immer voll schrecken vor augen steht.
wir haben ihnen mit unserem kampf ihre isolationsstrategie weitgehend zerschlagen - von denen in strafhaft sind nur noch chris und ich allein, alle anderen sind wenigstens zu zweit, dritt oder viert zusammen, selbst wenn es nur während des hofs und weit weg vom gewollten ist; nach der operation des kommando wolfgang beer wurden auch brigitte die treffs mit den beiden anderen genossinnen gestrichen, sie ist also auch wieder allein -, wir haben sie gezwungen, 'nvz' und aufrechterhalten unserer trennung als das neue bekämpfungsmittel zu entdecken. nur geraten sie mit der trennung in legitimationsschwierigkeiten. daher die zusammenlegungen im spätherbst, das zusammen der vier genoss-inn-en in frft während der prozeßpausen - so was gab es auch noch nie -, helmut&rolf c. auf einer station, angehörigenbesuche dort wieder ohne lka - bei christian dagegen finden keine mehr statt, weil sie die lka-überwachung nach dem 30.11. wieder neu einführen wollten -, in celle ist nichts mehr wie nach dem streik vom auseinanderreißen in den 'nvz' zu hören, auch die schnelle aussetzung des haftbefehls bei ute, vergleicht man es mit der mißhandlung des sich selbst in die luft gesprengten rz-genossen vor einem runden jahrzehnt und dessen monatelanger trotzdem-verknastung, zwangsverhöre usw.usw., isabels vorläufige haftverschonung oder am aktuellsten thomys freilassung. sicher kann man da auch sagen, 2 1/2 jahre zu viel, doch wenn man sich das ursprüngliche konstrukt anschaut, kann man nur feststellen, sie sind nicht durchgekommen. auch ingrid strobls freilassung bedeutet einen rückzieher mehr.

ich habe diese staatlichen zugeständnisse und rückzieher der letzten zeit noch mal aufgezählt, weil sie in ihrer gesamtheit gar nicht richtig wahrgenommen werden, jedoch der beleg für die wirkung der ganzen kleinarbeit - veranstaltungen, kundgebungen, demonstrationen, das ständige halten unserer insgesamt unhaltbaren bedingungen in der öffentlichkeit usw.usw. - sind, bei der ein erfolg unmittelbar nur sehr selten sichtbar wird und deren sinn auf grund dessen immer wieder in frage gestellt wird.
in einer etappe, in der das deutsche kapital seine träume von der beherrschung der welt, deren umsetzung mit nazistischer unterstützung militärisch gescheitert ist, auf ökonomischem wege zu erreichen sucht, ist eine bedingung dafür die befriedung nach innen. nicht zufällig bereiten sich die innenminister des bundes, der bundesländer und der ddr auf die paramilitärische bekämpfung der zu erwartenden sozialen unruhen vor. sie wissen, die ökonomische umstrukturierung, die freiheit des kapitals muß gegen die menschen durchgesetzt werden.
das befriedungsinteresse nach innen beinhaltet die möglichkeit des schaffens von bedingungen, unter denen eine wirkliche diskussion zustandekommen kann. mit vertrauen in die eigene kraft kann es angegangen werden. mut, zuversicht und gelassenheit sind unverändert vorhanden, auch wenn unsere geduld nicht grenzenlos ist.
unser einziges 'verbrechen' ist, wir wollen den himmel auf erden, nicht irgendwann, sondern jetzt. darum kämpfen wir, solange wir leben.

grüße

Unsere Genossin Isabel Jacob soll für knapp 4 Jahre eingeknastet werden.
Sie ist haftunfähig!

Isabel muß draußen bleiben!

Im Juni 1985 wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG in Hannover verübt. Die Messe AG ist Betreiberin der weltweit größten Industriemesse, sowie von Rüstungs- und Luftfahrtmessen. Ihre zentrale Bedeutung bei der politischen und ökonomischen Durchsetzung der neuen Technologien machte sie zum Kristallisationspunkt für politische Mobilisierungen breiter Bündnisse in Niedersachsen.
Im Zusammenhang mit dem Anschlag wurde nach Isabel Jacob gefahndet. Nach 3 Tagen stellte sie sich der Staatsanwaltschaft.
Da gegen Isabel auch nach § 129a - Mitgliedschaft/Unterstützung einer terroristischen Vereinigung - ermittelt wurde, war sie unmittelbar nach ihrer Verhaftung Isolationshaftbedingungen ausgesetzt. Diese zielen darauf, die Identität der/des Gefangenen zu brechen oder sie/ihn mundtot zu machen, zu vernichten.
Die schon nach kurzer Zeit aufgetretenen ersten Symptome ihrer Krankheit - geschwollene Augen, Lichtempfindlichkeit, Kopfschmerzen, Gewichtsabnahme, Schwäche - hielt Isabel zunächst für eine "normale" Reaktion auf diese Haftbedingungen, bis nach 5 Monaten die Diagnose "Morbus Basedow" gestellt wurde.
(....) Eine der wenigen über die Krankheit bekannten Fakten ist, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen Streßsituationen und dem Auftreten bzw. der Verschlimmerung des Krankheitsverlaufes gibt.
Isolationshaftbedingungen sind Auslöser von Isabels Krankheit. Unter solchen Bedingungen ist auch in Zukunft das Überleben von Isabel nicht zu gewährleisten.
Weil das 129a Verfahren gegen sie eingestellt wurde, entließ die Justiz sie unter Hinweis auf ihre Krankheit aus der U-Haft. Unter dem psychischen Druck von Prozeß - er endete im Mai 1988 mit einer Verurteilung zu 4,5 Jahren - und dem anschließenden Revisionsverfahren - es wurde im Februar 1990 abgelehnt - , der ständigen Bedrohung, erneut eingeknastet zu werden, hat sich, trotz andauernder medizinischer Behandlung, Isabels Gesundheitszustand weiter verschlechtert.
Im März dieses Jahres erhielt Isabel zum ersten Mal einen Haftantrittstermin. Auf Grund eines Antrages auf "Haftunfähigkeit" bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Hannover und der Vorlage ärztlicher Gutachten wurde dieser vorläufig ausgesetzt.
Die Staatsanwaltschaft hat die Unterlagen an die Ärztin des Frauenknastes der JVA Preungesheim (Frankfurt), Frau Dr. Schiel, weitergeleitet. Diese soll eine Stellungnahme abgeben, ob Isabel im Knast Preungesheim behandelbar ist. Bejaht die Knastärztin dies, muß Isabel die Haft antreten. Hierdurch kann die politische Entscheidung der Staatsanwaltschaft durch eine angeblich rein medizinische Entscheidung verschleiert werden.

Dem permanenten Angriff des Staates auf Isabels Gesundheit und Leben muß jetzt ein Ende gemacht werden.
Isabel ist haftunfähig! SIE MUß DESHALB DRAUßEN BLEIBEN!
Das wollen wir, auch mit Hilfe ihrer Anwälte und Ärzte, ein für alle Mal durchsetzen. Gegen den Willen der Herrschenden, die Menschen zu vernichten, die sich für den Kampf gegen die von ihnen diktierten Bedingungen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, entscheiden.
Eines wollen wir in aller Deutlichkeit feststellen:
Es ist unter den hiesigen gesellschaftlichen Bedingungen unmöglich, jeglichen Streß von Isabel fernzuhalten, nur in der Auseinandersetzung mit diesen, also im aktiven Eintreten für Veränderungen, lassen sich für Isabel und uns stückweise bessere Lebensbedingungen erreichen.

Isabel ist Anfang Mai 1990 in die Niederlande gegangen, u. a. weil unsere Mobilisierung zur Durchsetzung ihrer Haftunfähigkeit z.Zt. total schwach ist.

erklaerung von isabel jacob, niederlande, 3.mai 1990

1985 wurde ich wegen eines anschlages auf das verwaltungsgebaeude der messe ag in hannover verhaftet und war dann neun monate unter isolationshaftbedingungen im knast. im mai 1988 wurde ich zu 4½ jahren verurteilt; nach der ablehnung der revision ist das urteil seit februar dieses jahres rechtskraeftig.
im knast erkrankte ich an morbus basedow, einer autoimmunerkrankung, deren verlauf entscheidend von faktoren wie stress und der psychischen situation abhaengt. ein wesentlicher ausloeser waren die zerstoererischen bedingungen der isolationshaft, fortgesetzt durch den permanenten druck der letzten vier jahre mit der drohung, mich jederzeit wieder einknasten zu koennen. das hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass sich mein gesundheitszustand trotz jahrelanger therapie und einer operation nicht gebessert hat. knast bedeutet permanenter stress, so dass davon auszugehen ist, dass sich in dem fall mein zustand wieder verschlimmern wird. deshalb bin ich haftunfaehig. ein entsprechender antrag ist bereits bei der staatsanwaltschaft hannover gestellt worden. entschieden werden soll aufgrund einer stellungnahme der knastaerztin in frankfurt-preungesheim, ob sie dort im knast eine behandlung von mir durchfuehren kann oder nicht, das heisst, sie soll als aerztlicher persilschein fuer politische interessen funktionalisiert werden. das ist jetzt die situation.

statt zu warten, bis ich abgeholt werde, habe ich mich entschieden, voruebergehend in die niederlande zu gehen, wo ich mich jetzt aufhalte: zumindest so lange, bis es eine endgueltige gerichtliche entscheidung gibt. das heisst nicht illegalitaet, denn darum kann es fuer mich jetzt nicht gehen, weil das nicht meinen bedingungen entspricht, solange wie ich diese [illegible] dringend auf medizinische behandlung angewiesen bin.

ich habe mich zu diesem schritt entschlossen, um fuer alle diejenigen, die jetzt angefangen haben, dafuer zu kaempfen, dass ich draussen bleibe, den akuten verhaftungsdruck zu entschaerfen und damit den politischen raum soweit zu oeffnen, dass wir zusammen einen widerstand entwickeln koennen, der die forderung durchsetzt; die konfrontation in ihrer schaerfe sichtbar zu machen und den politischen preis fuer die verantwortlichen hochzutreiben, wenn sie ihr verfolgungsinteresse tatsaechlich durchziehen wollen. denn still und heimlich wird das nicht mehr laufen.
ohne massiven druck ist die brd noch nie bereit gewesen, auch nur minimale zugestaendnisse gegenueber denen zu machen, die hier versuchen, revolutionaere politik zu organisieren und nicht zu kapitulation und verrat im falle einer gefangennahme bereit sind. krankheit ist dabei fuer die schergen des systems mittel zum zweck, gerade im knast, wo krankheit gezielt durch die gewalttaetigen bedingungen produziert und dann gegen die gefangenen gedreht wird, als permanente erpressung. in letzter konsequenz zielt das auf die alternative: koerperlich zu verrecken oder als mensch zu zerbrechen.
das ist ihre gnade und gerechtigkeit, ihre praxis, wenn sie sagen: menschlichkeit, die in den letzten 19 jahren isolationsfolter - und dass sind auch 19 jahre kampf dagegen, fuer die zusammenlegung als notwendige, existenzielle bedingung - auch ganz materiell ueber leichen gegangen ist: eine blutspur, die von den kaltbluetigen morden an kaempfenden gefangenen (wie in stammheim, sigurd oder katharina) bis hin zu der eingeplanten vernichtung durch ihr isolationsfolterprogramm reicht. einige genossInnen sind bereits so krank, dass ihre gesundheit unter diesen bedingungen nicht mehr wiederhergestellt werden kann, und zwar unabhaengig von der kosmetik sogenannter hafterleichterungen: bernd roessner, guenther sonnenberg, claudia wannersdorfer und angelika goder, die nach einem jahr haftverschonung im juni wieder in den knast soll.
es reicht. schon lange. und jeder tag ist ein tag zuviel.

WO WERDEN DIE ENTSCHEIDUNGEN ÜBER POLITISCHE GEFANGENE GETROFFEN, WO SITZEN DIE VERANTWORTLICHEN IM FALL VON ISABEL?

- Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof als diejenigen Instanzen, welche die Richtlinien für die Haftbedingungen der politischen Gefangenen vorgeben. Dies bedeutet konkret seit 19 Jahren Isolationshaft für politische Gefangene in der BRD und Westberlin
- Remmers als Justizminister von Niedersachsen
- das Oberlandesgericht Celle, als übergeordnete gerichtliche Instanz, die über die Haftfähigkeit von Isabel zu entscheiden hat
- Richter Bieling, als Vorsitzender der Strafkammer des Landgerichts Hannover, die Isabel zu 4,5 Jahren Knast verurteilt hat
- Knastärztin Dr. Schiel, sie erstellt eine Beurteilung, ob sie Isabel im Knast Preungesheim behandeln kann

BISHERIGE AKTIVITÄTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER INITIATIVE:

In Hannover gab es eine Pressekonferenz und eine Kundgebung vor dem Justizministerium. In Frankfurt fand am 27.4.90 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt. Ansonsten kann es man/frau schon in vielen Städten in aller Öffentlichkeit lesen: ISABEL MUß DRAUßEN BLEIBEN! Geplant ist eine Kundgebung am Knast Preungesheim.

WAS VERBINDEN WIR MIT DER FORDERUNG, DAß ISABEL DRAUßEN BLEIBEN MUß?

Wir brauchen ein bestimmtes Kräfteverhältnis, um zu erreichen, daß Isabel draußen bleiben kann. In 2 Monaten wird sich für Angelika Goder das gleiche Problem stellen. Angelika hat ein Jahr Haftverschonung bekommen, um eine notwendige Hüftoperation durchführen zu können. Die Haftunfähigen Gefangenen müssen endlich raus aus dem Knast. Ganz konkret fordern wir die Freilassung von:

Günter Sonnenberg - Gefangener aus der RAF, er wurde bei seiner "Verhaftung" schwer am Kopf verletzt. Dies war bereits 1978.

Bernd Rössner - Gefangener aus der RAF, er wurde 1975 als Mitglied des Kommandos Holger Meins in Stockholm festgenommen. Bernd ist einer der Gefangenen, die am längsten einzelisoliert sind.

Claudia Wannersdorfer - Gefangene aus dem Widerstand, auf Grund ihrer Isolationshaftbedingungen treten immer wieder epileptische Anfälle auf.

und die Freilassung aller anderen haftunfähigen Gefangenen! Sowie die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen für die Gefangenen aus RAF und Widerstand Ausdruck ihrer Vorstellung von Leben und Kollektivität unter der Bedingung des Knastes ist, so ist die Forderung nach Freilassung aller Haftunfähigen auch der Ausdruck gerade ihrer besonderen Bedingung, ihrer Krankheit oder Verletzung. Ihr existenzielles Bedürfnis nach Kollektivität und Organisierung, nach einem menschenwürdigen Leben, können sie nur hier draußen für sich, zusammen mit anderen, erkämpfen.

Kontaktadresse: Bunte Hilfe Darmstadt, Wilhelm-Leuschnerstr.39
6100 Darmstadt, Tel.:06151/20480 (MO u. MI 20-22 Uhr)
Spendenkonto: Bunte Hilfe, Stichwort:Isabel
Sparkasse Darmstadt, BLZ:508 501 50, Kto.Nr.:11003354

v.i.s.d.P. Michael Alden

Italien: „Politische Lösung“ und „Kampf für Befreiung“ — letzter Akt?

gruppe 2 öttlmairstraße 8, 8000 münchen 83, tel. 089 / 680 51 22 + 651 93 59
film- und videodokumentation / redaktion -*texte*- / archiv

Gegen Getto und Schweigen

„Es gibt viele Gründe zu schweigen, aber ebensoviele, zu sprechen. Ein Grund zum Schweigen ist, daß jedes gesprochene Wort in dieser Zeit einem Lager zugeschlagen und in eine Schublade gesteckt wird oder selbst dem Anspruch nach tausend andere in 'Schließfächer steckt. Ein Grund zu sprechen ist, daß das Schweigen komplizenhaft ist . . .“ Seitdem eine Gruppe gefangener Frauen aus dem Hochsicherheitsgefängnis Rebibbia in Rom 1982 mit diesen Worten ein Diskussionspapier zur „Auseinandersetzung über die Möglichkeiten zum Aufbau gemeinsamer Perspektiven“ einleitete, hat sich daran nicht sehr viel geändert. Die italienische Diskussion der vergangenen Jahre zum Problem der politischen Gefangenen, zur Analyse und Kritik der Kampferfahrungen in den siebziger und achtziger Jahren und zum Versuch einer Neuorientierung in der revolutionären Perspektive ist gekennzeichnet von der Polarisierung der verschiedenen Positionen in die Lager der „Aussteiger“ und der „Unbeirrbaren“ — wie sie nicht nur von den bürgerlichen Medien und Parteien bezeichnet werden. Die durchaus unterschiedlichen Positionen und Nuancen der Diskussion gehen dabei oft unter und versinnbildlichen auf negative Art und Weise die Autonomie des Politischen auch innerhalb der revolutionären Bewegung. Insbesondere steht der allseits anerkannten „Europäisierung“ der Problematik der politischen Gefangenschaft kaum ein adäquater Versuch entgegen, die Diskussion ebenfalls auf eine internationale Ebene zu bringen. Abgesehen von der Dokumentation einiger Veranstaltungen, die VertreterInnen der „politischen Lösung“ gemeinsam mit bundesdeutschen Grünen organisierten und durchführten, bleibt die Diskussion insbesondere für diejenigen im Dunkeln, die sich nicht mit Originaltexten — auch sprachlich — behelfen können. Auch dann bleiben aber einzelne Beiträge oft unverbunden nebeneinander stehen. Neben einzelnen Texten und Beiträgen, die von verschiedenen Zeitschriften und Gruppen jeweils aktuell oder schwerpunktmäßig auch in deutscher Übersetzung erhältlich sind, wird von der gruppe 2, einer Münchner Archiv- und Mediengruppe seit einiger Zeit eine in unregelmäßigen Abständen erscheinende Reihe mit Dokumenten der italienischen Diskussion der vergangenen Jahre herausgegeben. Diese „Reihe -texte-“ ist bisher in vier Ausgaben erschienen und stellt den zur Zeit einzigen bekannten Versuch dar, kontinuierlich einen weitgehend alle wesentlichen Positionen umfassenden Überblick der Debatte zu verschaffen. Über die in den Heften dokumentierten Texte hinaus stellt die Gruppe über ihr Archiv und die Redaktion für die interessierten Leserinnen und Leser auch weitergehendes umfangreiches Material zur sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung in Italien — in italienischer, aber auch deutscher Sprache — zur Verfügung, gibt umfangreiche Literaturhinweise und gibt weitere „Dokumente der Zeitgeschichte“ — z.B. eine Sammlung von Liedern aus den Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre in Italien — heraus.

Klassenkampf oder politische Lösung?

Nummer 1 der -texte- Dokumentationen zur Zeitgeschichte enthält auf 64 Seiten sechzehn zum größten Teil erstmals in deutscher Übersetzung erhältliche Texte zur Amnestiedebatte. Zu Wort kommen in erster Linie die Vertreter, der „politischen Lösung“ und des „gesellschaftlichen Dialogs“ wie Curcio, Moretti, Ianelli und Francescini, der Anwalt di Giovanni, die im Exil lebenden Flüchtlinge um Oreste Scalzone, ein autonomes Gefangenenkollektiv etc., aber auch die Positionen der zu Anfang der Diskussion eher „zurückhaltenden“ Gefangenen um Barbara Balzarani, Casetta (UCC), Piccioni, Seghetti u.a. Ihre Position(en): Ein Kampfzyklus sei abgeschlossen, veränderte soziale und politische Realitäten, („Modernisierung der Institutionen“) erfordere die „Reflexion der eigenen Verantwortlichkeit“, Ziel ist die Amnestie. Die Kontrapositionen werden vertreten durch einen Text der BR/PCC-Gefangenen Sincich, di Lenardo und Bassi und einen Beitrag des Gefangenenkollektivs „wotta sitta“ (um Giovanni Senzani, N. Ligas etc.) Sie treten entschieden „gegen eine politische Lösung“ und für eine klare „Demarkationslinie zwischen Kommunisten und Ex-Revolutionären (ein), die mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten“. Namens- und Begriffserklärungen am Ende jedes Textes sorgen dafür, daß auch der/die mit dem Thema bisher nicht befaßte Leser/in der Diskussion folgen kann. Zusätzliche „Aktualität“ erhält die Nummer dadurch, daß viele der Argumente der „Verhandlungsbereiten“ sich mit Positionen decken, die z.B. ein Teil der Grünen in der Bundesrepublik zur Frage einer Amnestie vertreten.

Chronik einer Debatte Gegen „Dialog“

In Nummer 2, „Chronik einer Debatte“ (zweite z.T. überarbeitete Auflage), werden Beiträge „gegen die Liquidierung der Klassenbewegung“ und „für die Einheit der Revolutionäre im Kampf gegen den Imperialismus“ dokumentiert. Es handelt sich um Texte von Gefangenen, die sich gegen jede Form eine „Dialogs“ stellen. Nicht Bruch oder Kontinuität einer Entwicklung stehen im Mittelpunkt der Argumentation, sondern die Bedingungen für ein Wiedererstarken der Klassenbewegung, die Internationalisierung der Kämpfe, der revolutionäre Prozeß in der Metropole. Ein weiterer Text der „Verhandlungsbereiten“ dokumentiert vor allem den Prozeß der Vereinheitlichung dieser Positionen untereinander. Den größten Teil der Ausgabe beansprucht der erste Teil des von einem Gefangenenkollektivs 1985 verfaßte Papier „wotta sitta“ (bedeutet in Afrika: Die Zeit ist reif), der ausführlich auf Fragen wie „Internationalismus der achtziger Jahre“, „Revolutionäre Wissenschaft und Klassenbewußtsein,“ u.a. eingeht. Eine „Kurze Chronik der Jahre 1966 bis 1988“ verschafft einen Überblick über die wesentlichen Ereignisse dieser Jahre, eine umfangreiche ausgewählte Bibliografie (für italienische und deutsche Literatur) ermöglicht den erweiterten Einstieg ins „Thema Italien“. Der Anhang enthält ebenfalls die beiden Gesetzestexte zu „Dissoziation“ und „Reue“ (in italienisch).

Analyse der Kampferfahrungen

Nummer 3 der -texte- trägt den Titel: „Insurrezione“. Die Ausgabe konzentriert sich auf Texte, die sich mit der Analyse der vergangenen Kampferfahrungen, den sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen und der Wiedergewinnung einer revolutionären Perspektive und Initiative befassen: Ein Interview über „die Wiederaneignung der marxistischen Methodenlehre“, vier Prozeßerklärungen aus dem Ende 1989 in Rom zu Ende gegangenen Maxi-Prozeß „Insurrezione“, ein Kommunique der BR und den zweiten und dritten Teil des in der Nummer 2 begonnenen Textes „wotta sitta“, der sich u.a. mit „SDI“, „Eureka“, „Neue Produktion und technologische Revolution“ und „imperialistischer Internationalisierung“ auseinandersetzt. Absicht der Ausgabe ist es vor allem, die über den „Pro-und-Contra-Amnestie“-Bereich hinausgehenden Diskussionen und die aktuelle Entwicklung der „juristischen Strategie“ des Staates zu verdeutlichen.

Krise revolutionärer Bewegung in Italien

Die Nummer 4 ist als Sondernummer erschienen, weil sie wegen des Umfangs des Haupttextes — entgegen der bisherigen Praxis — nicht mehrere Positionen einander gegenüberstellen kann. Sie enthält einen sehr umfangreichen Text aus dem Jahre 1989, der sich ausführlich mit der internationalen Entwicklung und der Krise der revolutionären Bewegung in Italien befaßt, ergänzend ein Papier (als Erklärung auch im „Insurrezion-Prozeß“ abgegeben) von Gefangenen aus Novara vom Dezember 1989. Der von Abgeordneten verschiedener

Parteien vor kurzem eingebrachte Gesetzentwurf zu einem „Straferlaß“ unter bestimmten Voraussetzungen ist in übersetzter Form einschließlich der Präambel ebenfalls im Heft enthalten. Auch in der Nr. 4 ermöglichen ausführliche Begriffs- und Namenserklärungen und eine ausgewählte Bibliografie für deutschsprachige Literatur das Verständnis und die Vertiefung der — auch kontroversen — Auseinandersetzung.

Anmerkung: Jede Ausgabe kostet als Einzelnummer jeweils DM 7,00 plus Porto DM 0,80 gegen Vorkasse bei gruppe 2, Öttlmairstr. 8, 8000 München 83
Die -texte- können auch abonniert werden: Das Abo für vier Ausgaben kostet DM 25,00 einschließlich Porto.

Lieder und Tondokumente

„Ribellarsi é giusto“ heißen 33 fast verschollene Lieder und Tondokumente aus den italienischen Kämpfen 1968 bis 1978. „Lieder sind immer ein wichtiger Bestandteil politischer und *sozialer Kämpfe gewesen, sie* erzählen *nicht nur von den Siegen* und Niederlagen, sondern vermitteln fast immer ganz unmittelbar einen Eindruck von den Menschen, die diese Siege errungen und die Niederlagen erlitten haben“, schreiben die Herausgeber in der Einleitung des Begleitheftes zu den Tonkassetten. Viele der darauf enthaltenen Lieder sind bei uns bisher unbekannt, die meisten erscheinen im Begleitheft erstmals in deutscher Übersetzung. Weil die Herausgeber besonderen Wert auf die Originalfassungen legten, die größtenteils nur mehr in sehr schlechter Qualität — und vielfach als wirkliche Originalaufnahmen — beschaffbar waren, weisen sie im Vorwort auch darauf hin, daß diese Lieder kein „passives Kulturerlebnis“ in Hi-Fi-Qualität darstellen können und sollen. „Wir haben uns dennoch entschlossen, die authentischeren und dadurch aussagekräftigeren und schöneren ursprünglichen Fassungen zu verwenden ..., die wir selbst ‚aufbereitet‘ haben und damit teilweise sogar noch bessere Qualität erzielten, als die zur Verfügung stehenden Originale sie haben“ heißt es weiter.

Aus dem Inhalt: Ballade der Emigration / Avola, 2. Dezember / In den Abteilungen der FIAT / Genosse Saltarelli / Eure Knäste, eines Tages ... / Interner Streik / Wir sind die von der ALFA / Die Polizei ist gekommen / Bonzen, ihr wollt uns Angst einjagen / Frohes Fest, Genosse Arbeiter / Freiheit für Marini / Schluß mit den schlechten Zeiten / Ballade der Gegenreform / Es ist richtig, sich zu wehren / u.a.m.

Zwei Tonkassetten zu je 60 Minuten und ein 70seitiges Begleitheft mit deutschem und italienischem Liedertext sowie kurzen Erläuterungen zur Entstehung der Lieder, DM 21,00 plus Porto DM 3,50 gegen Vorkasse bei gruppe 2, Öttlmairstr. 8, 8000 München 83. Zehn Prozent des Verkaufspreises gehen auf ein Solidaritätskonto für italienische Gefangene.

Amnestie ist keine „Lösung für alle“

Über 40 000 Menschen wanderten allein innerhalb des zehnjährigen Abschnitts der Klassenauseinandersetzungen der siebziger Jahre in Italien durch die Gefängnisse, noch Anfang der achtziger Jahre zählte man nicht weniger als 4 000 politische Gefangene. Spätestens mit den sogenannten „Curcio-Briefen“, mit denen eine Gruppe ehemaliger Angehöriger der Roten Brigaden Anfang 1987 aus dem Gefängnis heraus ihre „Dialogbereitschaft“ mit den staatlichen Institutionen erklärte, ist das Problem der politischen Gefangenschaft in Italien in die „öffentliche“ Diskussion gekommen. Eine Diskussion, die — zumindest eine geraume Zeit lang — von der massenhaften Anwendung der Sondergesetze zur „Abschwörung“ *(dissociazione)*, „Reue“ *(pentimento)* und „*Straferlaß*“ *(indulto)* bestimmt wurde. Was zu fehlen schien, war der — alles andere als homogene — Ausdruck jenes Bereichs von politischen Gefangenen, die, unabhängig von jeder auf Belohnung und Differenzierung basierenden Taktik, die Analyse und Kritik der Entwicklung der gesamten politischen und sozialen Auseinandersetzungen in den siebziger und frühen achtziger Jahren und — daraus abgeleitet — eine Perspektive zur Wiedererlangung einer revolutionären Initiative in den Mittelpunkt stellen. In Wirklichkeit war dies jedoch nie der Fall, haben diese Stimmen nie gefehlt. Heute erhält diese Komponente nur die ihr zustehende Gewichtung und Stimme, nachdem es gelungen ist, „Dissoziation“ und „Reue“ als politischen Plan „innerhalb“ der Bewegung zu besiegen. Aus dem Kuckucksei wurden armselige Gesetze des Staates, die mit der parlamentarischen Initiative einer Reihe von Abgeordneten verschiedener Parteien für ein „Strafnachlaßgesetz“ gerade jetzt ihre Neuauflage und Wiederaufwertung erfahren sollen. Dabei bestätigen all diese Gesetze gerade das, was das gesamte Parteien- und Mediensystem, PCI und Unità an erster Stelle, von jeher hartnäckig bestreiten: Die zum Teil äußerst harten Klassenauseinandersetzungen in den siebziger und achtziger Jahren, in denen Arbeiterautonomie und Gegenmacht einen gewaltigen Entwicklungsschub erlebten, können weder durch allgemeine noch durch Sondergesetze liquidiert werden; ebensowenig wie die revolutionären Erfahrungen dieser Jahre auf die Thematik des bewaffneten Kampfes, und dieser auf „eine zusammenhängende Reihenfolge von vorgeplanten Ermordungen durch eine Gruppe von Verbrechern, die einheitlich den Krieg gegen den demokratischen Staat erklärt hat ..“ (aus der Anklageschrift im Aufstandsprozeß), reduziert werden können. Die hinter solcher Logik „geschichtlicher Aufarbeitung“ verborgenen Absichten werden gleich zweifach durch die Realität widerlegt. Zum einen schlicht durch das Ausmaß der sozialen Auseinandersetzung jener Jahre, zum anderen dadurch, daß die Diskussion längst in einem „allgemeinen“ Zusammenhang (d.h. *nicht* auf das „Problem der politischen Gefangenen“ beschränkt) geführt und nicht mehr dem Staat und den politischen Kräften der „demokratischen Legalität“ überlassen wird. So gesehen ist für die meisten die Amnestiediskussion nicht einmal ein „starker Vorschlag“. Weil die Befreiung der politischen Gefangenen in Form einer Amnestie — wenn sie nicht als „Gnadenakt“ für die Betroffenen mit dem Eingeständnis ihrer „Schuld“ erfolgen soll — ein Ziel ist, das nur von einer starken antagonistischen Bewegung erkämpft werden kann. Diese Voraussetzungen sind aber heute nicht gegeben. Die heute zur Debatte stehende Amnestie ist nicht mehr als die Belohnung für „Wohlverhalten“, die ein starker Staat einer (geschlagenen) Bewegung um den Preis [illegible]

(...)?

(und war es immer) die Position eines großen Teils der Gefangenen.

Das Gefängnis und die Bewegung

Die antagonistische Bewegung einer neuen, jungen „Generation“, die in den letzten Jahren herangewachsen ist, herausgebildet bei den Kongressen von Voghera, Comiso und Montalto di Castro, entstanden aus dem Widerstand gegen Atomindustrie und -rüstung, aber auch aus den sozialen Kämpfen im öffentlichen und halböffentlichen Dienst, in den Fabriken, im Transportgewerbe und an den Universitäten, muß zeigen, ob sie — jenseits saisonabhängiger Komitees für die Amnestie oder irgendeine „politische Lösung“ — die Stärke und politische Reife gewinnen kann, die Parole für die „Befreiung der politischen Gefangenen“ als Teil (und nur als einen solchen) in ihr Programm aufzunehmen, autonom handelnd und ohne den „Umweg“ über die Institutionen zu nehmen. Denn selbstverständlich ist die „Befreiung der politischen Gefangenen“ ein Ziel und eine Aufgabe, der sich jede ernst zu nehmende kommunistische oder revolutionäre Bewegung, jede „Befreiungsbewegung“, die ihren Namen verdient, zu stellen hat. Doch politische Gefangenschaft ist eine Bedingung, die sich zyklisch im Klassenkampf, in den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen, in der Entwicklung kommunistischer und revolutionärer Bewegungen ergibt und die weder durch „Versprechungen“ noch durch „Gegenleistungen“ an den Staat und seine Epigonen eingetauscht werden kann. Die Vergangenheit, Gegenwart und politische Zukunft Hunderter von Exilierten, denen nur die Flucht blieb, all jener, die noch immer „vorübergehend auf freiem Fuß“ leben, und nicht zuletzt der Gefangenen selbst (von denen viele nach wie vor den Repressionen der Sondergesetze ausgesetzt sind) können nicht Diskussions- und um so weniger Verhandlungsthema mit dem Staat sein. Aus demselben einfachen Grund, aus dem der Klassenkampf, die sozialen Widersprüche, die Ausbeutung und die moderne Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit einem Federstrich abgeschafft werden können.

Nichts wird mehr sein wie früher

Unbestreitbar bestimmt in der heutigen italienischen Realität nicht die Klasse, nicht der proletarische Antagonismus, was gespielt wird und nach welchen Spielregeln. Unbestreitbar haben die „bewaffneten Initiativen“ der vergangenen zwanzig Jahre nicht das Modell für die Lösung der größten gesellschaftlichen Widersprüche — Ausgrenzung und Unterdrückung großer Teile gesellschaftlichen Lebens — bereitstellen können. Doch welches Gewicht diese Erfahrung hat, was sie verändert, was sie produziert hat, muß herausgefunden werden. Und da ist keine Oberflächlichkeit zulässig. Jene, die sie in den juristischen Begriff der „Tat“ übersetzt, ebensowenig wie die, die sie mit der lapidaren Behauptung von der „Modernisierung der Institutionen“ in die Historienkammer der Geschichte verbannt. Herausgefunden werden kann es nur, wenn die Diskussion darüber so breit wie möglich geführt wird und die Erfahrungen dieser Jahre in einer (nicht linearen!) Kontinuität zu den neuen Bedingungen der Klassenauseinandersetzung verstanden wird. Denn „nichts mehr wird sein wie früher“, aber die Strukturen, die Kultur, die Ideologie der Herrschaft und der sozialen Kontrolle sind unwiderruflich durch diese Jahre gekennzeichnet und werden damit auch die kommenden Klassenauseinandersetzungen bestimmen. (ms)

Einladung zu zwei kapitalen Festen

Phantomenale antikapitalistische Aktionstage vom 23. bis 30. Juni in Hamburg

Sie wollen uns zwar nicht dabei haben, aber wir werden da sein:

- beim **30. Weltkongreß der Internationalen Handelskammer (ICC),** zu dem sich vom **26. bis 28.6.90** mehr als 1.000 Kapitalisten, Manager & Politiker in Hamburg versammeln;

- **bei der Premiere des Musicals „Das Phantom der Oper" am 29.6.90,** wo die „Prominenz" aus Politik, Kultur und Wirtschaft für Eintrittspreise von 1.000 DM einen „Meilenstein" der Hamburger Standortpolitik beklatscht.

In diesen Tagen soll Hamburg ein Ort des Jubelns über die kapitalistische Neuordnung von Polen bis in die Stadtviertel der Großstädte hier sein. Wir werden ihnen die Stadt nicht überlassen. Wir wollen mit vielen Menschen aus Hamburg und anderswoher ein deutliches Zeichen unseres Widerstandes gegen ihre menschenverachtende Verwertungspolitik setzen. Gegen ihre Kapitallogik bringen wir unsere Träume und unseren Kampf um befreites Leben auf die Straße — lebendig, vielfältig, phantasievoll, entschlossen.



Die ICC (International Chamber of Commerce) bezeichnet sich selbst als „die einzige weltumfassende private Organisation der Wirtschaft". Die Wirtschaftsform steht außer Frage: Die ICC „vertritt die ordnungspolitischen Prinzipien der Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums ..." (C.-H. Illies, Hanseatischer Pfeffersack, Präsident der deutschen ICC-Gruppe und Vize der Handelskammer Hamburg). Der ICC gehören Handelskammern und Privatunternehmen aus 110 Staaten an, deren Einfluß sich nach ihrem jeweiligen Reichtum bemißt; zum Beispiel stellten beim letzten Weltkongreß 1987 in Neu Delhi ca. 20 Industrienationen über die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten. Der diesjährige Weltkongreß „findet nach 1937 in Berlin zum zweiten Mal in einer deutschen Stadt" statt, prahlt die Handelskammer Hamburg.

Die Rednerliste des Kongresses liest sich wie das who is who aus Wirtschaft und Politik: Giovanni Agnelli (Fiat und AC Turin), Michele Camdessus (IWF, Verschuldungsmanager), Pérez de Cuéllar (Weltabwiegler), Helmut Haussmann (Wirtschaftspudding), Henry Kissinger (Vietnamexperte), Helmut Kohl (Biedermann), Hilmar Kopper (folgt Herrhausen), Peter Möhrle (Hamburger Obergeldsack), Frank Popoff (Giftküchen-Chef, Dow Chemical), Helmut Schmidt (Oberschnacker), Hans Peter Stihl (Kettensäge, Unternehmerpräsident) und viele andere Kapitalherren und ihre Knechte wie Voscherau, Weizsäcker, Zimmermann ...

„Die Ergebnisse des ICC-Kongresses", verspricht das Tagungsprogramm, „werden unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaftsstrategie der 90er Jahre haben". Im Klartext: Es werden die günstigsten Bedingungen für die Ausplünderung der Länder der drei Kontinente Afrika, Asien, Lateinamerika abgestimmt; die optimalen Organisationsformen für die Expansion des kapitalistischen Wirtschaftsraums gen Osten festgeschrieben; die Neuformierung des europäischen Kapitals im Rahmen des EG-Binnenmarktes wird zum gemeinsamen Europäischen Haus umgelogen. Die inhaltlichen Positionen zu diesen Themen werden auf dem Kongreß weder entwickelt noch diskutiert. Sie sind von langer Hand vorbereitet und werden auf der Tagung verkündet und propagiert.

Ein Beispiel für die laufende ICC-Arbeit: Durch erpresserische Drohungen ist es der ICC-Fachkommission für „Multinationale Unternehmen und Auslandsinvestitionen" gelungen, die Diskussion um einen geplanten Sanktionsbeschluß gegen das Apartheid-Regime in Südafrika im US-Kongreß massiv zugunsten der Rassisten zu beeinflussen. Die gleiche ICC-Kommission hat es durch intensive Intervention geschafft, eine für den UNO-Jahresbericht 1988 vorgesehene Kritik am Verhalten transnationaler Konzerne in der sog. Dritten Welt zu verhindern. Es ist Dauerbrenner dieser Kommission, den Staaten der drei Kontinente die Ausbeutungsbedingungen der Multis aufzudrücken. Ähnliches wird für die RGW-Staaten auf dem Kongreß bei dem Generalthema „Osteuropa — Chancen für die Zukunft" abgehandelt. Unter dem Kongreß-Thema „Europa ohne Grenzen — Die Weltwirtschaft nach 1992" geht es ebenfalls um verstärkte Ausplünderung von Mensch und Natur vor allem durch das europäische Kapital.

Gerade diese beiden Themen eignen sich besonders für den eigentlichen Zweck des Kongresses: Die Propaganda für die „Segnungen" der Marktwirtschaft, das Triumphgeschrei über den vermeintlichen Sieg des kapitalistischen Gesellschaftssystems und den Niedergang sozialistischer Staaten. Dieser Verblödungslitanei setzen wir unser Wissen und unsere Wut über die wirklichen „Erfolge" des Kapitalismus entgegen:

- die Versklavung ganzer Völker und den Tod von Millionen Menschen durch Hunger, Elend und imperialistischen Krieg;

- die globale Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen;

- die zunehmende Verarmung großer Bevölkerungsteile in den Industriemetropolen, psychische Verelendung, Isolation, Vereinsamung, Konkurrenzdruck, Konsumterror.



Aber: Weltweit gibt es nicht nur ihre Realität, die Realität der Zerstörung von Natur und Menschen. Überall in der Welt gibt es Widerstand gegen die alltägliche imperialistische und patriarchale Ausbeutung — ob in Kurdistan, wo der Kampf gegen die türkische Kolonisierung sich zu einem Volksaufstand entwickelt; ob in El Salvador, wo die Offensive der FMLN die Regierung zu Verhandlungen zwingt; ob in Palästina die Intifada oder in Spanien, wo Gefangene seit über 4 Monaten im Hungerstreik gegen Isolationshaftbedingungen sind, oder in den Metropolenstädten die Kämpfe um Häuser, gegen kapitalistische Umstrukturierung und Großprojekte. Dies alles ist die Realität, auf die wir uns beziehen und die wir mit den antikapitalistischen Aktionstagen weiterentwickeln wollen: hier bei uns, wo die menschenverachtenden Pläne ausgeheckt werden, wird es kein ruhiges Hinterland geben.



In rücksichtslosem Streben nach immer mehr Profit und Macht wird die Kapitalverwertung neu organisiert — Europa als Paradies für Multis und Banken. Das Europa der Kapitalisten und Bonzen richtet sich gegen uns — mit Sozialabbau, verstärkter Repression und Kontrolle, Isolation und Folter von Gefangenen; mehr unbezahlter Reproduktionsarbeit für Frauen, „Flexibilisierung" der Lohnarbeit, europaweiter Zerschlagung von Häuserprojekten, kapitalistischer Umstrukturierung der Produktion und der Städte.

„Hamburg als Drehscheibe des EG-Binnenmarktes nach Norden und Osten" (Voscherau) soll nach den Plänen von Senat und Wirtschaft bei dieser Neuorganisierung eine wichtige Rolle spielen: Weniger profitable Bereiche (z.B. Werften) werden weg- bzw. kleinrationalisiert, Unternehmen mit hohen Gewinnversprechen wie Mikroelektronik, Neue Medien, Gentechnologie, Freizeit, Tourismus und Kultur werden angelockt — neue Betriebe, in denen überwiegend sog. Hochqualifizierte (auch Yuppies genannt) beschäftigt und hoch bezahlt werden.

Diese privilegierten, meist jüngeren Leute wollen in einer Stadt leben mit einem sog. weltstädtischen Flair. Zu diesem Flair gehören u.a. der Ausbau der Sportanlagen vom Rothenbaum bis zur Mehrzweckhalle, schicke und teure Einkaufs- und Freßpassagen, ein „attraktives" Kulturangebot von der Kleinkunstbühne bis zur Theaterfabrik „Phantom der Oper". Dazu gehört auch, daß diese Leute citynah wohnen in schön gestylten Hütten, für die sie auch bereit sind, viel Geld zu bezahlen.

Auf dem kapitalistischen Wohnungsmarkt heißt das, daß vermehrt Wohnraum verknappt wird, die Preise für Wohnungen rapide steigen und Menschen mit geringem Einkommen an den Stadtrand oder in die Obdachlosigkeit gedrängt werden. Hierbei machen sich Hauseigentümer und Spekulanten goldene Nasen. Der Senat, seine Behörden und die Handelskammer Hamburg treiben diesen Prozeß voran (z.B. durch Ausschreibung von Sanierungsgebieten und Verkauf 1000er städtischer Wohnungen).

Auch den Bau des Phantomtheaters haben Senat und Handelskammer massiv gefördert. Insgesamt wurden in diesen Fastfood-Kulturtempel über 100 Millionen DM investiert, die durch täglichen Besuch von 2.000 ZuschauerInnen wieder eingespielt werden sollen.

Mit allen, die das Premierenspektakel am 29.6. und der vorangehende Kapitalistenauflauf ebenso anwidert wie uns, wollen wir den Pfeffersäcken ihre Feiern vermiesen. Gemeinsam wollen wir **antikapitalistische Aktionstage vom 23. bis 30.6.90** auf die Beine stellen, mit vielen Kleingruppenaktivitäten, Öffentlichkeits- und Störaktionen, Veranstaltungen, Festen und vielem mehr.

Klar ist, daß wir Dienstag, den 26.6., am Kongreß-Dinner in der Fischauktionshalle teilnehmen und am 29.6. zahlreich die Phantompremieren-Gäste begrüßen.

Unser Widerstand hat in den letzten Jahren oft darunter gelitten, daß wir die verschiedenen Ausdrücke der Menschenverachtung getrennt voneinander an wichtigen Einzelpunkten bekämpft haben. Die Kämpfe für die Befreiung der Frauen, um Lebensmöglichkeiten in den Stadtteilen, für Rote Flora und Hafenstraße (nächster Prozeßtermin 2. Juli), gegen Isolation und für Zusammenlegung von Gefangenen, gegen Umweltzerstörung, gegen Rassismus und für praktische internationale Solidarität standen und stehen immer wieder nebeneinander, statt zu einer gemeinsamen Kraft zu werden. Wir wollen, daß die Mobilisierung gegen ICC und Phantom-Premiere uns Ansätze bietet, zu einem Mehr an gemeinsamen Widerstand zu kommen.

Plenum gegen ICC und Phantom



FEIERN STÖREN ANGREIFEN!

Vorbereitungstreffen jeden Mittwoch, 19 Uhr, Rote Flora, Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 50 (auch Kontaktadresse)



Kampf dem Coburger Convent

Demonstration am Pfingstmontag, 04. Juni '90, 18 Uhr
HUK-Vorplatz, Coburg
mit anschließender Kundgebung
CC-Feierstunde gegen 23.30 Uhr, Marktplatz

Neues Jahrzehnt, neuer OB, neuer CC???

Das letzte Jahr haben in Osteuropa, insbesondere in der DDR, große Umbrüche stattgefunden.
Die veränderte Situation in der DDR (Sieg der Allianz, nahende Wiedervereinigung, Währungsunion - beeinflußt durch westlichen wirtschaftlichen und politischen Druck!) hat dazu geführt, das der CC moderate Töne angeschlagen hat (Zitat: "Ziel der Mahnstunde ist erreicht").
Allerdings haben die Nationalisten und Revanchisten des Coburger Convents allen Grund zu feiern!
Die Einverleibung der DDR durch die BRD stellt den tiefgreifendsten Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte Europas und der beiden deutschen Staaten dar. Nach der Annexion entsteht ein imperialistisches Großdeutschland, das weiterhin in der Kontinuität des Deutschen Reiches steht!

Die scheinbare Reformbereitschaft des CC (angeblich wollen sie auf das Absingen der 1. und 2. Strophe des Deutschlandliedes verzichten) darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der CC immer noch die gleichen Ziele (Nationalismus/Revanchismus, Patriarchat, Elite/Kapital) vertritt!

Auf dies aufmerksam zu machen, muß in diesem Jahr die Hauptstoßrichtung des Widerstandes sein!



Wir gehen nun auf die Hauptpunkte näher ein:

CC und Patriarchat

Die Ausgrenzung und Verachtung alles Weiblichen ist das zentrale Merkmal dieses Männerbundes.
In den Verbindungshäusern regiert die Kumpanei. Wird ein Mann zum Komplizen des anderen, machen sie Geschäfte und gemeinsame Sache, schieben sich Ämter, Posten - und Frauen zu, verteilen und teilen die Macht.
Der Ausschluß der Frauen wird fast ausnahmslos mit der "Natur der Frau" begründet. Biologische Unterschiede werden in den Mittelpunkt gerückt, um Machtverhältnisse (Patriarchat) als "natürlich" zu legitimieren. Gerade der oft hergestellte Zusammenhang der Gebärfähigkeit der Frauen und ihrer natürlichen Begabung/Pflicht zur Kindererziehung (und allen "Sozialberufen") ist eine biologische Verschleierung patriarchalischer Arbeits(zu)teilung.
Profiteur dieser "kostenlosen Frauenarbeit" (=Beziehungs- Gebär- und Erziehungsarbeit) ist jeder einzelne Mann.
Er will "frei" sein von so "niederen", "lästigen" Dingen wie Hausarbeit, Kindererziehung oder starken Gefühlen, die als Zeichen von Abhängigkeit gelten. So kann er als unabhängiger Mann flexibel sein für verschiedene HERRschaftspositionen.
Oder wie es CC-Sprecher Kohlrautz auf die Frauenfeindlichkeit des CC angesprochen so treffend formuliert: "Für unsere Aktivitäten nehmen wir gewisse geschlechtliche Freiräume in Anspruch."
Diese Unabhängigkeit ist also immer nur möglich durch die Entwertung und Ausbeutung der anderen - der Frauen.
Die reale Abhängigkeit jedes Menschen vom anderen (Wärme, Bestätigung, Erziehung, Hilfe bei Krankheit...) wird verleugnet.
Durch die Lohnzahlung an den Mann für die ganze Familie lebt die Frau in völliger Abhängigkeit vom Mann und dessen Arbeit, entsteht ein Gewaltverhältnis, daß das patriarchale Besitzverhältnis noch weiter zementiert.
Selbst wenn eine Frau Lohnarbeit leistet, gilt dies als Nebenbeschäftigung. Ihr eigentlicher - unbezahlter - Beruf ist Hausfrau und Mutter.
Davon profitiert das Kapital doppelt:
Für die Lohnkosten des Mannes werden eigentlich zwei Arbeitskräfte gekauft (der Arbeiter und seine Hausfrau) und die Frauen können zu mieser und schlechtbezahlter Lohnarbeit herangezogen und jederzeit wieder an "Heim und Herd" abgeschoben werden.

Nationalismus/Revanchismus

Das Ziel der Mahnstunde (Wiedervereinigung) ist fast erreicht. Nun wird jenseits der Oder/Neisse "geschielt"!
Das Wiedervereinigungsgebot des GG fordert mit seinem Anspruch auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 weitgehende Gebietsansprüche an Polen und der UDSSR (Präambel des GG: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, die Einheit zu vollenden.").
Die deutsche Nation wird von ihren Verfechtern nicht in erster Linie territorial, sondern völkisch gesehen. Daraus folgt auch, daß der "deutsche Volkskörper gesund und rein" gehalten werden muß, welches natürlich Nicht-Deutsche, Behinderte und Minderheiten ausschließt (CC-Aufnahmebedingungen).

Elite/Kapital

Im CC sitzen Vertreter des Großkapitals, Militär, Justiz und der Politik.
Sie schieben den jungen Hochschulabsolventen des CC schöne Pöstchen zu und geben damit den "Filz" von Generation zu Generation weiter.
Als Vertreter der herrschenden Klasse sind sie mitverantwortlich für Arbeitslosigkeit, sozialer Abbau, AusländerInnenfeindlichkeit - kurz: Sie sind ArbeiterInnenfeindlich!

Aus diesen Gründen muß der Kampf gegen den CC weitergeführt werden!

Wir fordern:

- Auflösung aller Korporationen!
- Kampf dem Kapital, Patriarchat, gegen Nationalismus und Revanchismus!
- die Eigenständigkeit der DDR!
- für ein HERRschaftsfreies und selbstbestimmtes Leben!

Unterstützer/innen Liste der Demonstration:

Antifa Plenum Erlangen, Antifa Plenum Nürnberg, Antifa Schwandorf, Antifa Forchheim, Antifa Würzburg, Jusos Bamberg, AStA Uni-Bamberg, Basisgruppen Uni-Bamberg, Uni GAL Bamberg, Antifa Plenum Coburg, VSP Coburg, VSP Schweinfurt, Anarchogruppe Bamberg, Autonome Gruppe Würzburg, Infobüro Coburg, VVN/BDA

V.i.S.d.P.: C. Lauser, AStA Uni Bamberg, Feldkirchenstr. 21, 8600 Bamberg

Einladung
Ton-Dia-Show
Düsseldorf's Cafes Rosa Mond und Hexenkessel



Im November '89 drohte den autonom organisierten Cafe's "Hexenkessel" (Frauen/Lesben) und dem "Rosa Mond" (Schwule/ Lesben), welche schon seit vielen Jahren gemacht werden, das Aus durch Abrißpläne.
Der Bagger stand bereits auf dem Gelände des ehemaligen Nachbargebäudes. Die Projekte sollten der Umstrukturierung im Düsseldorfer ArbeiterInnenstadtteil Oberbilk zum Opfer fallen, wo in Kürze ein "Internationales Handelszentrum" als Verwaltungssitz von Firmen und Banken entstehen soll mit entsprechender umfaßender Umstrukturierung der Infrastruktur.



Am 1. November haben die Lesben und Schwulen der Cafes mit Unterstützung von Schwulen aus anderen Städten das Haus besetzt. Zusätzlich gab es noch Unterstützungsaktionen, wie die Besetzung des Büros des zuständigen "Sozialdezernenten" und eine Kundgebung und Demo in Oberbilk von der Initiative gegen das IHZ.
Die Stadtverwaltung verzichtete zunächst auf die Räumung und inzwischen sieht es so aus, daß das Haus noch längere Zeit vom Abrißbagger verschont bleiben wird.

In den beiden Cafes, die nebeneinander in einem einstöckigen Haus direkt am Oberbilker Markt in der Nähe der Kiefernstraße liegen, finden politische Veranstaltungen, Feten, Männer- und Frauenabende, eine Positivengruppe, Kleinkunst und vieles mehr statt. Diese Veranstaltungen und diese Räume waren/sind in Düsseldorf die einzige Alternative zu'ner reichen, ätzecoolen Schicki-Micki Sub und eines bürokratischen, hierarchischen Vereins mit ausschließlich intergrativen Charakter namens L.U.S.T., der sich von seinem Selbstverständnis her als Vertretung aller Schwulen und Lesben Düsseldorfs begreift, wobei es zum einen nur ein paar Vorzeigelesben als schmückendes Beiwerk gibt und sie seit $1^1/_2$ Jahren nichts anderes als exzessive Vereinsmeierei hingekriegt haben, nicht zu vergessen die stete Nachfrage bei der SPD, wann sie denn endlich ihr begehrtes "Homozentrum" bekommen.
Außerdem unterstützten sie das Argument der Stadtverwaltung, daß Hexenkessel und Rosa Mond keine eigenen Räume bräuchten.



And because of that, Tuntenterror Production proudly presents:
First Time live in Berlin
The Ton-Dia-Show over the history and future of D'dorfs lesbian and gay overcoming "Hexenkessel" and "Rosa Mond"

Termin:

Veranstaltungsort:		
EX, Gneisenaustraße	Do 31. Mai	22°°
Cafe Anal, Muskauer Straße	Di 29. Mai	24°°
Schwuz-Cafe, Hasenheide 54	Fr 1. Juni	24°°
Tuntenhaus Forellenhof, Mainzer Straße 4/5 Friedrichshain	Sa 2. Juni	22°°



Eintritt frei

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

18.00 Kundgebung zum Hungerstreik in Spanien: Durchbrecht die Nachrichtensperre. Am Breitscheidplatz

Info-Tel. 04221/74945
oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt
Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

Stadtteilladen Rat + Tat:
offen :Mo. - Fr. 14.00 - 18.00
Mo. + Di. 15.00 - 18.00 Sozial"hilfe"beratung und
Do. 14.00 - 17.00 AusländerInnenberatung mit türkischer Dolmetscherin
alles in der Liebenwalderstr.16

bis 20.00 Café in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen
in der Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos,
freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

Mo. - Fr. 10.00 - 18.00
Café Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Di. - Do. ab 15.00 A-Laden Moabit,
Rathenower Straße 22

bis 27. 5. außer Mo. + Fr. 12.00 - 18.00 Austellung:
"1. Mai - Hundert Jahre Berliner Maifeiern 1890 - 1990"
Im Heimatmuseum Wedding, Pankstr. 47

bis 27. 5. 16.00 - 19.00 "Verlassene Berg -Lebendiger Berg" Fotos aus dem Bergwerk Siglo XX in Bolivien. Im El Locco

bis 27. 5. Katholikentag in Westberlin. Näheres siehe unter Freitag und in der letzten Interim.

Donnerstag, 24. 5.

19.00 Der doppelte Tag Frauen und ihre Probleme eine gleichberechtigte Rolle in der Gesellschaft, besonders im Arbeitsleben zu finden. Im El Locco

20.00 Veranstaltung mit Frau Gönül Nar. Sie gibt eine allgemeine Darstellung zum AusländerInnengesetz und zeiogt die daraus resultierenden Probleme und Gefahren. Im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.00 "Eurocentrismus und AusländerInnenfeindlichkeit" Lesung mit Ester Andari-Nadir aus Argentinien. Im BAZ-Buchladen, Oranienstr. 159.

20.00 anläßlich der Dresdner Bank Tagung: **"Septemberweizen"** Video. Kostet nix. In der Galerie Olga Benario, Boddinster.61

21.00 Domitila aus dem 20. Jahrhundert. Dokumentarischer Spielfilm über ihr Leben und ihren Kampf in den größten Zinnminen Boliviens. Im El Locco

jeden Donnerstag

18.00-22.00 Frauentag
im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum
in der Nostizstr. 49.

Freitag, 25. 5.

13.00 Gegen Frauenfeindlichkeit und Nationalismus: Begehung der Halle 5 der "Lebensschützer" beim Katholikentag, Messegelände

16.00 Demo gegen den Katholikentag mit Frauen- und Lesbenblock. Am Adenauerplatz

16.00 die Angehörigen d. pol.Gefangenen informieren und diskutieren am U-Bahnhof Schlesisches Tor

17.30 "Somos Ambulantes" Straßenhändler in Lima. Der ambulante Straßenhandel ist in den Großstädten Lateinamerikas zu einer Überlebensstrategie der Armen geworden und Ausdruck der schweren Wirtschaftskrise. Im El Locco

20.00 IWF-Video: **"Im Herbst der Bestie"** mit Diskussion: Autonomes Poliktverständnis - christliches Politikverständnis. Im U-Bahnhof Schlesisches Tor.

21.00 "Auf Gedeih und Verderb" Zur Gegenseitigen Abhängigkeit von Industrienationen und Entwicklungsländern. Was sagen die betroffenen Arbeiter z.B. in einem Eisenhüttenkomplex in Marseille? Im El Locco

23.00 Der doppelte Tag Frauen und ihre Probleme eine gleichberechtigte Rolle in der Gesellschaft, besonders im Arbeitsleben zu finden. Im El Locco

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

21.00 - 3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21

Samstag, 26. 5.

15.00 Knastkundgebung vor Tegel, Seidelstr. 39, U-Bahnhof Holzhauser Straße

16.00 die Ini für eine pol. Diskussion mit den Gefangenen informiert und diskutiert am Schlesischen Tor

17.00 "Frauen in der 3. Welt"
Ton-Dia '81. Die zweiteilige Serie informiert, anhand verschiedener Beispiele, wie verschieden das leben der Frauen in der Dritten Welt ist. Der erste Teil "Wie sie leben", Unterschiede von West-Afrika zu Bangladesh und zu den harten Lebensbedingungen der Frauen in den Armenvierteln der Großstädte Südamerikas
Der zweite Teil "Wie sie kämpfen" schildert den Kampf um das überleben, Gesundheit, Ernährung, Kampf um sich selbst, ihre Familie, ihr Volk zu befreien, sowie 2 Beispiele von Frauenorganisationen in Sahel und in Bolivien. Im El Locco

19.00 "Auf Gedeih und Verderb"
Siehe 25. 5., 21.00 im El Locco

21.00 Benefizfest für das 2. Internationale Frauen- und Lesbencamp in Ruigoord/NI, **Ladies only!** In der SfE, Mehringhof

21.00 "The Miner's Strike" Die sechs Kurzen Dokumentarfilme über den Streik der britischen Bergarbeiter 1984 zeigen einen der wichtigsten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die "Miners" kämpfen mit dem Rücken zur Wand um ihre Existenz, ohne Streikgeld, nur mit einer 30% unter dem Mindestsatz liegenden Sozialhilfe abgespeist. Und sonst nichts - aber sie halten durch. Im El Locco

23.00 Domitila aus dem 20. Jahrhundert. Dokumentarischer Spielfilm über ihr Leben und ihren Kampf in den größten Zinnminen Boliviens. Im El Locco

jeden Samstag

11.00 - 14.00 Frauentag in der M99

12.00 - 22.00 Frühstück (bei Demos ab 10.00) in der Nostizstr. 49.

15.00 Weddinger Frauencafé im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

16.00 Frauencafé im Kiez im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99.
Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 27. 5.

17.00 "The Miner's Strike" Siehe 26. 5., 21.00 im El Locco

18.00 Kiezküche Wedding. Bei den Zorrows, Grüntaler Str. 38.

19.00 "Die Klabauternacht" Entfesselndes Leben in HH, der ersten Klabauternacht am 4. 4. 86, ein Feuerwerk der Phantasie, Improvisation, Masken, Theater und Spott verwandelt die Stadt. Im El Locco

21.00 "Georg K. Glaser" Schriftsteller und Schmied. Film. Im El Locco

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche.
Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 ♀♀Klezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Kinder sind erwünscht.

ab **18.00 Klezküche** im Anfall, Gneisenaustr. 64

Volksküche in der Mainzer Str. 4, Friedrichshain, (nur 10 Min. vom Schlesischen Tor)

Montag, 28. 5.

20.00 anläßlich der Dresdner Bank Tagung: **"Das Milliardengeschäft der Banken"** und **"Dschungelburger/Hackfleischordnung International"** anschließend Diskussion. In der Galerie Olga Benario, Boddinster.61

20.00 "Im traurigen Monat November" Recherche über rechtsradikale Jugendliche und Neonazistische Strukturen in der DDR. Im Jo-Jo Klub, Wilhelm-Pieck-Str. 216

20.30 "Sie würde uns gerne im Knast begraben" '89, Großbildvideo. Ein Blick zurück und nach vorne zum Umgang des Staates mit linksradikaler Opposition. Im Syndikat, Weisestr. 56

ca. **21.30 "Unser Programm heißt Deutschland"** Ansichten von Republikanern - was sie denken und tun und was sie so gefährlich macht. Im Jo-Jo Klub, Wilhelm-Pieck-Str. 216

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.)

Lesbentag im Café Anna(l),
Muskauer Str.15

15.00 Frauencafé im A-Laden,
Rathenower Straße 22

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte,
Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen
im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 - 22.00 Infotelefon bei faschistischen, rassistichen oder sexistichen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

19.00 Volksküche in der Nostizstr. 49.

Dienstag, 29. 5.

17.30 "Das Mädchen mit dem roten Haar" Eine junge Frau im Widerstand. Der Film schildert die Brutalität der Nazi-Herrschaft in Holland aus der Perspektive einer jungen Widerstandskämpferin, Hannie Schaft. Die idealistische Jura-Studentin mit pazifistischer Haltung, die entschlossen gegen die Nazis kämpft, entwickelt sich zur konsequenten Rächerin. **Ladies only!**
Im Wasserturm, Kopischstr. 7

19.00 "Züri brennt" Video CH '80. Im El Locco

20.00 "Man mußte doch was tun"
Die heute achzigjährige Widerstandskämpferin Maria Fensky erzählt in verschiedenen Interviews aus ihrem Leben, von ihrer Arbeit in der KPD, von ihrer insgesamt 5-jährigen Zuchthaus- und KZ-Haft und von der illegalen politischen Arbeit während des Krieges. Sie erzählt detailliert von den "Kleinigkeiten" der alltäglichen Widerstandsarbeit gegen Faschismus und Krieg. Anschließend Diskussion mit der Filmemacherin Loretta Walz. **Ladies only!**
Im Wasserturm, Kopischstr. 7

21.00 Die Welle Video: Hier ist ein Experiment verfilmt worden, daß in Kalifornien durchgeführt wurde. Um seinen Schülern zu beweisen, daß Faschismus nicht ein Problem der Deutschen zwischen Hitlers Machtergreifung und der Kapitulation war, startet der Lehrer ein Experiment: Er löst eine Bewegung aus, der er den Namen "die Welle" gibt, zu deren Führer er sich macht. Die meisten Schüler sind sehr schnell bereit, ihre Individualität zu Gunsten eines bequemen, fremdbestimmten und streng disziplinarischen Verhaltens aufzugeben. Begeistert von diesem Experiment haben sie das Gefühl, an etwas Großem mitzuwirken. Es wird ihnen Selbstbewußtsein, Gefühle von Macht und Kameradschaftsgeist vermittelt. Nach kurzer Zeit erfaßt "die Welle" die ganze Schule und diejenigen, die der "Welle" kritisch gegenüberstehen werden bespitzelt, beschimpft oder gar verprügelt. Im El Locco

24.00 Düsseldorfs Café Rosa Mond und Hexenkessel Ton-Dia-Schau. Im Café Anal, Muskauer Str. 15

jeden Dienstag

16.00 - 20.00 Antifakneipe
im Krümel Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU
(Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: 692 22 22 im Mehringhof

GENOSSINNEN AUS MAILAND VOM CENTRO SOZIALE "LEONCAVALLO" BERICHTEN ÜBER DAS GEPLANTE FESTIVAL ENDE JUNI IM PARCO LAMBRO: "CONTRO MONDIALE"

Bei diesem Treffen über 4 Tage soll der Widerstand gegen das Europa '92, gegen die Drogengestze, Ausländergesetze und Umstrukturierung koordiniert werden. Die Fußballweltmeisterschaft ist die erste Erprobung der zukünftig europaweit geltenden Repressionsgesetze.



AM 30. MAI UM 19 Uhr 30 IM "EX", Mehringhof

Mittwoch, 30. 5.

19.00 "Z" Ein pazifistisch engagierter Professor wird während einer Demo ermordet; die Regierung versucht den Mord zu vertuschen, aber ein mutiger Beamter deckt ein Komplott auf, das bis in allerhöchste Kreise reicht. Ohne Nennung von konkreten Orten und Personen, aber mit unmißverständlichem Bezug zu Ereignissen in Griechenland (am 22. 5. 63 wurde Prof. Laonrakis ermordet) inszenierte Costa-Gavras einen spannenden, engagierten, hochemotionalen und teilweise wütend polemischen Politthriller, der eindringlich die Gefahr einer Verfilzung von Staats- und Grupeninteressen beschwört. Im El Locco

20.30 + 22.30 "Küchengespräche mit RebellInnen" Vier Frauen erzählen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus - über Gefahr, Angst, und Solidarität. sie haben KZ-Häftlinge bei der Flucht unterstützt, haben Widerstand bei den Partisanen und gegen Terror und Isolation im Gefängnis geleistet. Sie haben mit diesem Widerstand ihr Leben riskiert. Gespräche 40 Jahre später. Im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

21.00 "Ausgeflippt" Zwei Randfiguren der Gesellschaft - ein schwuler Friseur, der später mit seiner Transvestitenschau in New Yorck zum gefeierten Star aufsteigt, und eine an Schizophrenie leidende junge Frau bewältigen durch gegenseitige Hilfe die Pression ihrer Umwelt und ihre individuellen Probleme. Glaubwürdig und geschmacksicher (??) inszeniert, excellent gespielt. Im El Locco

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

18.00 antifaschistisches Jugendcafé Schöneberg, mit Kickern, Tischtennis (besser Kellen mitbringen), Musik Hören, Getränken, Infomaterial und hoffentlich irgendwann auch endlich Videos. Im Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen



Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21

20.00 Volxküche in der besetzten Dachetage am Wassertorplatz, Eingang: Kohlfurter Str. 4

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2 und 4. Mittwoch im Monat im Falckeladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 31. 5.

19.00 Gesamt Häuser- und Plätze-VV. Auf dem Potsdamer Platz, Ausweichort: Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 "Ausgeflippt" Siehe 30. 5., 21.00 im El Locco

20.00 "Eurocentrismus und AusländerInnenfeindlichkeit" Lesung mit Vladimiro Rivas aus Ecuador. Im BAZ-Buchladen, Oranienstr. 159.

20.00 "Meist kommt es anders - Porträt eines Gastarbeiters" Ein "Gastarbeiter" erzählt über sein Leben vor der Emigration und die Motive dazu, über die ersten Jahre in der Fremde, über den Zwang der Familienmitglieder, über seinen Alltag, über Gedanken zur Kindheit, über seine Wahrnehmung der eigenen rechtlichen und gesellschaftlichen Lage hier. Und: **"Tarlabasi"** Eine Frau berichtet über die Folgen der Umstrukturierung in einem Istambuler Stadtteil. Im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.30 + 22.30 "Küchengespräche mit RebellInnen". Siehe 30. 5., 20.30 im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

21.00 "Z" Siehe 30. 5., 19.00 im El Locco

24.00 Düsseldorfs Café Rosa Mond und Hexenkessel Ton-Dia-Schau. Im Ex, Mehringhof

1. - 3. Juni: Kongreß Radikale Linke in Köln, Zentralmensa der Universität, Zülpicher Str. 70

Sa. 2. 6.

10.00 Gegen eine neue Hinrichtungswelle an politische Gefangenen in Iran. Kundgebung vor dem iranischen Konsulat, Staranger Str. 23. Treffpunkt: **9.30** U+S-Bahn Schönhauser Allee



SA. 15°°

26.5.

IN ZUSAMMENHANG MIT DER KUNDGEBUNG AM 2.JUNI VOR PLÖTZE UND MOABIT!

U-HOLZHAUSERSTRAßE ~~> SEIDELSTRAßE 39